



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

FAKULTÄT
FÜR WIRTSCHAFTS- UND
SOZIALWISSENSCHAFTEN

Hamburg-BUS 2020

Bürgerumfrage der Sozialwissenschaften für Hamburg

Bericht

Olaf Bock, Henning Lohmann, Katharina Manderscheid,
Kamil Marcinkiewicz, Sascha Peter und Kai-Uwe Schnapp

Grundgesamtheit Stichprobe	Hamburger Wohnbevölkerung ab 16 Jahren Repräsentative Zufallsauswahl von Festnetznummern nach dem Gabler-Häder-Design (Häder/Gabler 1998)
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1004
Ausschöpfungsrate	24,4%
Erhebungszeitraum	02. Januar bis 14. Februar 2020
Vertrauensintervalle	Die Anteilswerte liegen mit einer Wahrscheinlichkeit von 95%: Bei einem Anteil von 50% bei unter +/- 3 Prozentpunkten Bei einem Anteil von 5% bei unter +/- 1,4 Prozentpunkten
Erhebungsinstitut	Forschungslabor der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg
Wissenschaftliche Leitung	Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp +49-(0)40-42838-5964 Kai-Uwe.Schnapp@uni-hamburg.de
Feldleitung	Dipl.-Pol. Olaf Bock +49-(0)40-42838-3759 Olaf.Bock@uni-hamburg.de
Wissenschaftliches Team	Prof. Dr. Katharina Kleinen von Königslöw +49-(0)40 42838-4691 Katharina.Kleinen@uni-hamburg.de Prof. Dr. Stefanie Kley +49-(0)40 42838-4819 Stefanie.Kley@uni-hamburg.de Prof. Dr. Henning Lohmann +49-(0)40 42838-8494 Henning.Lohmann@uni-hamburg.de Dr. Katharina Manderscheid +49-(0)40 42838-8661 Katharina.Manderscheid@uni-hamburg.de Dr. Sascha Peter +49-(0)40-42838-8704 Sascha.Peter@uni-hamburg.de Dr. Kamil Marcinkiewicz +49-(0)40-42838-6186 kamil-michal.marcinkiewicz@uni-hamburg.de
Redaktion	Jonas Breder, Florian Sieblist, Dirk Stierand, Lukas Steimer +49-(0)40-42838-4532 survey.wiso@uni-hamburg.de

INHALT

1	Auf einen Blick.....	4
2	Politische Einstellungen	5
2.1	Wichtigste Probleme in der Freien und Hansestadt Hamburg	5
2.2	Sonntagsfrage.....	7
2.3	Politisches Wissen	11
2.4	Rechts-links-Selbsteinschätzung	11
2.5	Zufriedenheit mit Hamburger Politikern	12
2.6	Einstellungen zu Demokratie, Politik und eigenen politischen Handlungspotentialen..	17
2.7	Klimaplan und Koalitionsziele	24
3	Verkehr.....	27
3.1	Verfügbare Fahrzeuge und Abstellmöglichkeiten.....	27
3.2	Nutzung verschiedener Verkehrsmittel und Onlineshopping.....	29
3.3	Bewertung von Verkehrssituation und verkehrspolitischen Maßnahmen.....	31
4	Wohnen	34
4.1	Beliebte Stadtteile	34
4.2	Gewährung von Übernachtung bei Wohnungslosigkeit	35
5	Universität Hamburg: Die Wissenswerft	38
5.1	Assoziationen zur Universität.....	38
5.2	Einstellungen zur Universität	41
6	Soziodemografische Variablen	45
7	Literatur	46
8	Tabellenverzeichnis	47
9	Abbildungsverzeichnis	48
10	Anhang.....	49

1 Auf einen Blick

- SPD weiterhin stärkste Kraft in Hamburg (34%), GRÜNE knapp dahinter (32%).
- Große Bekanntheit (77%) und hohe Zufriedenheit (71%) mit der Arbeit des Ersten Bürgermeisters Tschentscher (SPD) und der Zweiten Bürgermeisterin Fegebank (GRÜNE, 67% und 47%), Peter Tschentscher bleibt mit 33 Prozentpunkten Vorsprung vor Katharina Fegebank Wunschbürgermeister der Hamburger*innen.
- Grüne profitieren von Wählerwanderung aus der SPD (21% ihrer Stimmen) und Mobilisierung von Nichtwähler*innen und Erstwähler*innen (25% ihrer Stimmen).
- Leicht erhöhtes Vertrauen in Politiker*innen im Vergleich zum Vorjahr.
- *Probleme:* Verkehr größtes Problem in Hamburg (28%), Wohnraum zweitgrößtes Problem (24%), Infrastruktur und Umwelt abgeschlagen auf Platz 3 (jeweils 9%), Flucht, Asyl und Zuwanderung nur noch marginales Problem für Hamburger (3%).
- *Verkehr:* Unzufriedenheit mit Radnetzausbau und Umsetzung der Mietpreisbremse.
- Ausbau von Fahrradwegen und ÖPNV mit großer Mehrheit gewünscht.
- Ablehnung von E-Scootern durch große Mehrheit der Befragten: keine Leih-E-Scooter-Nutzung (96%). 60% sprechen sich grundsätzlich gegen Zulassung elektrischer Kleinstfahrzeuge aus
- Gute Durchschnittsnoten für Fußwege (1,9) und den ÖPNV (2,6), mittelmäßige für den Autoverkehr (3,3) und Fahrradverkehr (3,5).
- *Klima- und Umweltschutz:* Große Zustimmung für höhere Flugzeuglandegebühren (67%), höheren Umweltstandards für Schiffe (64%) und Pflicht zur Solaranlageninstallation (59%). Nur geringe Zustimmung zum Bau von Windkraftanlagen in der Nähe von Wohnhäusern (34%).
- *Wohnen:* 62% der Hamburger*innen leben gern in ihrem Stadtteil, nördliches Elbufer und Zentrum bleiben beliebteste Wohngebiete in Hamburg.
- Mehrheit der bei Bekannten und Freund*innen übernachtenden Wohnungslosen bleibt auch längerfristig in unsicherer Wohnsituation.
- *Universität:* Allgemeine Zustimmung, dass die Universität Hamburg weltoffen (85%) und für die Stadt bedeutend ist (77%). Knappe Mehrheit hält die Universität für bürgernah (54%).
- Assoziationen zur Uni: Trotz Problemwahrnehmung – guter Ruf

2 Politische Einstellungen

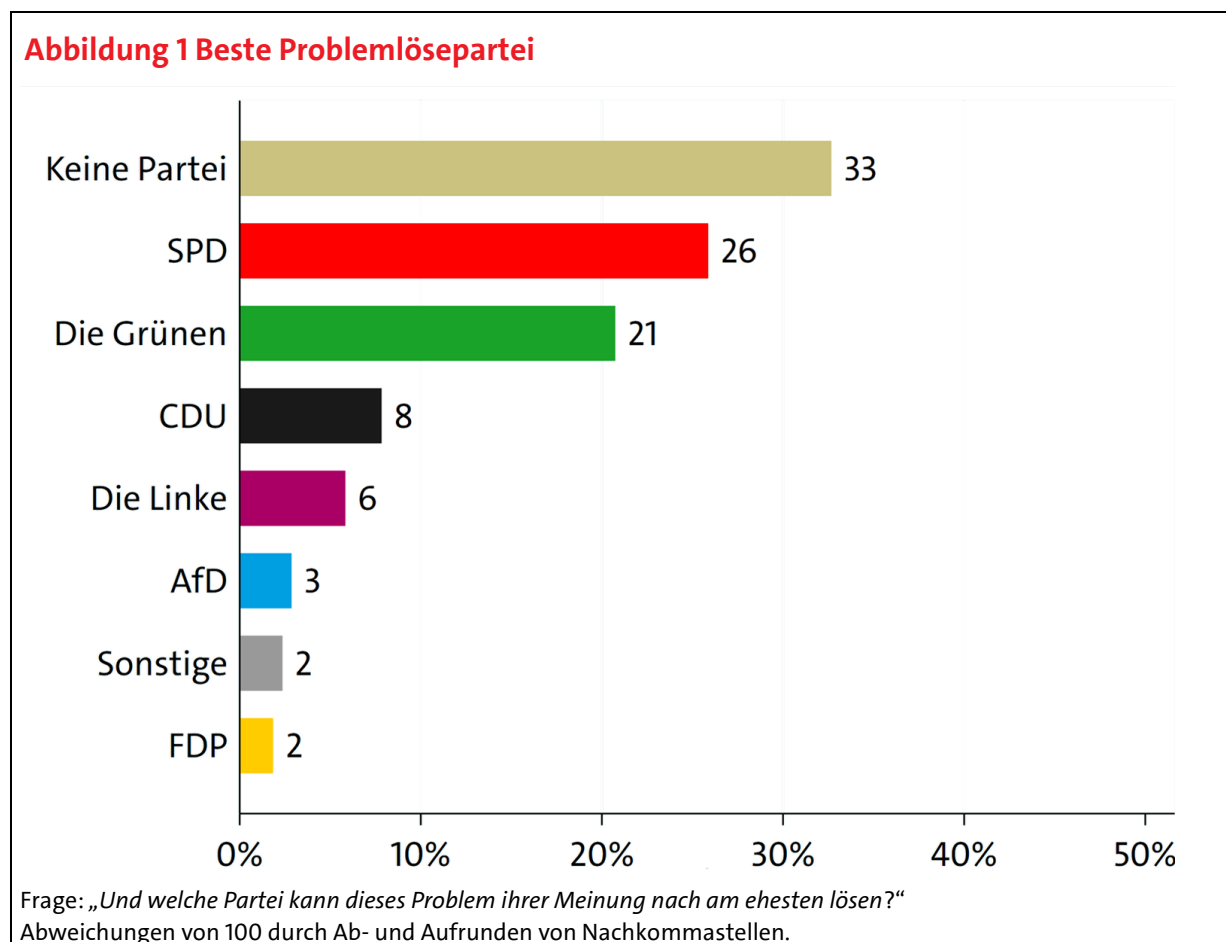
2.1 Wichtigste Probleme in der Freien und Hansestadt Hamburg

Die aktuelle Welle des Hamburg-BUS eröffnete wie üblich mit der Frage nach den wichtigsten Problemen in der Stadt (Tabelle 1). Diese Einschätzung hat sich seit der letzten Befragung durch das WiSo-Forschungslabor Anfang 2019 leicht verändert (vgl. Bock et al. 2019). Die wichtigsten fünf Themen sind nach wie vor Verkehr und Infrastruktur, Wohnraum, Soziales und Umwelt. Verkehr hat in der Problemwahrnehmung der Bevölkerung deutlich zugenommen und nimmt in der aktuellen Umfrage mit 28% der Nennungen den ersten Platz der genannten Probleme ein (vorher Platz 2, mit einer Zunahme von 10 Prozentpunkten), Wohnraum ist aktuell mit 24% der Nennungen das zweitwichtigste Thema (vorher Platz 1). Infrastruktur und Umwelt teilen sich mit jeweils 9% der Nennungen Platz 3, dahinter liegt das Thema Soziales mit 6% der Nennungen. Als wenig bedeutsam in der Wahrnehmung der Hamburger*innen können die Themen, Ausländer*innen / Migration, Obdachlosigkeit, Elbvertiefung, sowie Kultur und Tourismus angesehen werden. Auf diese Themen entfiel jeweils nur 1% der Nennung oder weniger.

Tabelle 1 Wichtigstes Problem der Freien und Hansestadt Hamburg

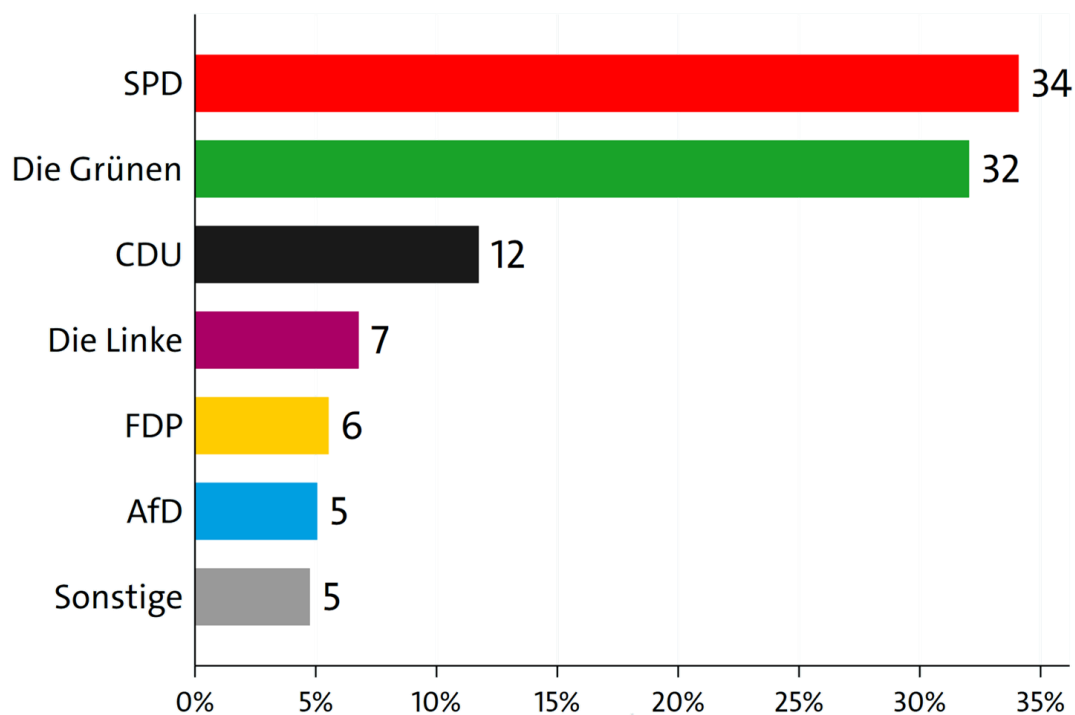
Aussage	Prozentanteil	Kumulierte
Verkehr	28%	28%
Wohnraum	24%	52%
Infrastruktur	9%	63%
Umwelt	9%	71%
Soziales	6%	80%
Erziehung und (Aus-)Bildung	5%	85%
Politik	4%	89%
Straßenbaustellen	3%	91%
Kriminalität und Sicherheit	3%	94%
Flüchtlinge/Asylanten/Zuwanderer	2%	96%
Haushalt	2%	98%
Ausländer/Migranten	1%	99%
Obdachlosigkeit / Elbvertiefung / Kultur und Tourismus / Keine Probleme	Je < 1%	100%
Gesamt	100%	

Befragt nach der Problemlösungsfähigkeit der Parteien (Abbildung 1) hat sich das Bild seit Anfang 2019 (vgl. Bock et al. 2019) insofern gewandelt, als das Vertrauen der Bürger*innen in die Problemlösungsfähigkeit der Parteien deutlich zugenommen hat. Waren Anfang 2019 45% der Befragten der Meinung, dass keine Partei die Probleme der Stadt angemessen lösen kann, sind dies Anfang 2020 nur noch 33%. Zugenommen hat im Gegenzug das Vertrauen in die beiden Regierungsparteien als Problemlöser. Die SPD kann sich von 22% auf 26% der Nennungen als lösungsstärkste Partei steigern, die Grünen bekommen Anfang 2020 21% der Nennungen (vorher 16%). Bei den anderen Parteien ergeben sich kaum Änderungen. Die CDU wird von 8% der Befragten an lösungsstärkste Partei angesehen, die Linke von 6%, die AfD von 3% und die FDP von 2% der Befragten. Dieses Ergebnis spiegelt in seiner Struktur auch das zu erwartende Wahlverhalten wieder.



2.2 Sonntagsfrage

Abbildung 2 Sonntagsfrage Hamburg

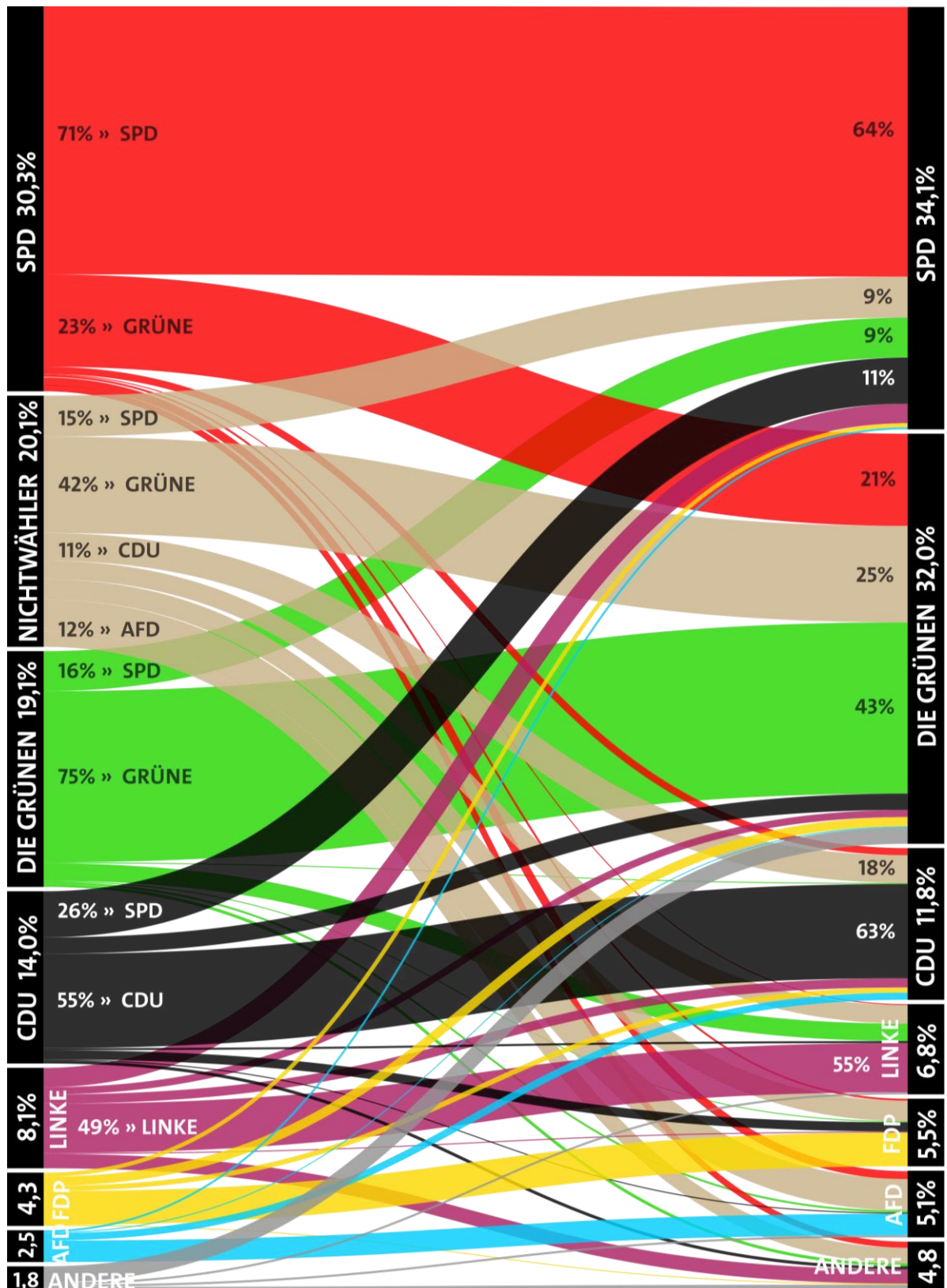


Frage: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bürgerschaftswahl in Hamburg wäre?“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Die Ergebnisse hinsichtlich der Sonntagsfrage deuten auf einen Wahlsieg der SPD hin. Für Sozialdemokraten wollen 34% der Hamburger*innen ihre Stimme abgeben (Abbildung 2). Die zweitplatzierten Grünen können mit einem Stimmenanteil von 32% rechnen. Der Abstand zwischen der SPD und den Grünen beträgt lediglich 2 Prozentpunkte, es ist somit nicht ausgeschlossen, dass am Ende die Partei von Katharina Fegebank die stärkste Fraktion in der Bürgerschaft stellen wird (vgl. 95%-Fehlerintervalle in Abbildung 2). Die CDU belegt mit 12% den dritten Platz und könnte damit am Wahltag das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte auf Länderebene erzielen. Schwächer haben die Christdemokraten lediglich bei der Bremischen Bürgerschaftswahl 1951 abgeschnitten. Die CDU wird gefolgt durch die Linke (7%), die FDP (6%) und die AfD (5%). Beinahe 5% der Befragten möchte bei der Bürgerschaftswahl sonstige Parteien unterstützen.

Im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 2015 erleiden alle Parteien bis auf die Grünen und die Kleinparteien, die in der Kategorie „Sonstige“ zusammengefasst wurden, Verluste. Die SPD verliert 11,6 Prozentpunkte (2015: 45,6%), die CDU 3,9 Prozentpunkte (2015: 15,9%), die Linke 1,5 Prozentpunkte (2015: 8,5%), die FDP 1,4 Prozentpunkte (2015: 7,4%) und die AfD 1,1 Prozentpunkte (2015: 6,1%). Die Umfragewerte der Grünen stiegen hingegen im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl um fast 19 Prozentpunkte und haben sich somit mehr als verdoppelt (2015: 12,3%).

Abbildung 3 Wählerwanderung zwischen den Bürgerschaftswahlen 2015 und 2020



Frage: „Welche Partei haben Sie bei der Bürgerschaftswahl 2015 gewählt?“ (links), „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bürgerschaftswahl in Hamburg wäre?“ (rechts). Die Stärke der Pfade gibt die Zusammensetzung der Wählerschaft im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl an, die Aufschlüsse über Wählerab- und zuwanderung geben. Ausgewählte Pfade mit Prozentangaben beschriftet.

Die Analyse der Wählerwanderung (vgl. Abbildung 3) zeigt, dass Hamburger Grüne die treueste und die Linke am wenigsten treue Wählerschaft haben. 75% der Wähler*innen der Grünen aus dem Jahre 2015 möchte 2020 wieder die Partei von Katharina Fegebank wählen, während lediglich 49% der ehemaligen Wähler*innen der Linken wieder ihre Stimme der Linke geben will. Auch der SPD und der AfD ist es gelungen mit jeweils 71% und 72% den Großteil der ehemaligen Wähler*innen wieder für sich zu gewinnen. Die FDP bekommt die Stimmen von 63% der Befragten, die 2015 die FDP gewählt haben, während die CDU von 55% der Befragten unterstützt wird, die 2015 für Christdemokraten votierten.

Am meisten Stimmen verliert die CDU zugunsten der SPD (26%), der Grünen (9%) und der FDP (5%), zugleich gibt es kaum Abwanderung von der CDU zur AfD. Auf der anderen Seite geben 22% der ehemaligen Wähler*innen der AfD an, dass sie 2020 die CDU wählen wollen. Die SPD verliert Stimmen fast ausschließlich an die Grünen (23%). Die Abwanderung zu anderen Parteien ist minimal. Gleichzeitig migrieren einige Wähler*innen der Grünen zur SPD (16%) und zur Linken (7%). Die FDP verliert fast 16% der ehemaligen Wähler*innen an die Grünen, 11% an die CDU und 8% an die SPD. Jede*r fünfte Wähler*in, der/die 2015 noch die Linken unterstützt hat, will jetzt die SPD unterstützen, 14% geben an, eine von den sonstigen Parteien zu wählen, 9% berichten Unterstützung der CDU und 8% der Grünen.

Die Grünen sind am erfolgreichsten bei der Gewinnung ehemaliger Nichtwähler*innen.¹ Sie konnten für sich 42% der Angehörigen dieser Gruppe überzeugen, gefolgt von der SPD (15%), der AfD (12%) und der CDU (11%). Auch unter Personen, die 2015 eine Partei aus der Residualgruppe „Sonstige“ wählten, wollen 2020 die meisten die Grünen wählen (66%).

Betrachtet von der anderen Seite setzt sich die Wählerschaft der SPD im Jahre 2020 zu 64% aus ehemaligen Wähler*innen der SPD. 11% hatten im Jahre die CDU und 9% die Grünen Gewählt, ebenfalls 9% waren bei der letzten Wahl Nichtwähler*innen. Von den Befragten, die bei der kommenden Bürgerschaftswahl die Grünen wählen wollen, gibt weniger als die Hälfte (43%) an, auch schon 2015 die Grünen gewählt zu haben, 21% sind ehemalige Wähler*innen der SPD und 25% haben an der letzten Bürgerschaftswahl nicht teilgenommen. Die Wählerschaft der CDU besteht zu 63% aus ehemaligen CDU-Wähler*innen und zu 18% aus den ehemaligen Nichtwähler*innen. Die drei wichtigsten Komponenten der Wählerschaft der Linken sind ehemalige Wähler*innen der Linken selbst (55%), Nichtwähler*innen (20%) und ehemalige Grünenwählende (18%). Die Wählerschaft der FDP besteht zu 49% aus den ehemaligen FDP-Wählenden, 29% sind Personen, die 2015 nicht gewählt haben und 14% ehemalige CDU-Wähler*innen. 45% der Unterstützung für die AfD kommt von Befragten, die 2015 gar nicht gewählt haben, 33% haben schon bei der letzten Bürgerschaftswahl ihr Kreuz bei der AfD gemacht und 11% bei der SPD. In der Gruppe der Befragten, die an der Bürgerschaftswahl 2020 nicht teilnehmen wollen, fallen insbesondere ehemalige Wähler*innen der Linken (19%) und der CDU (10%) auf.

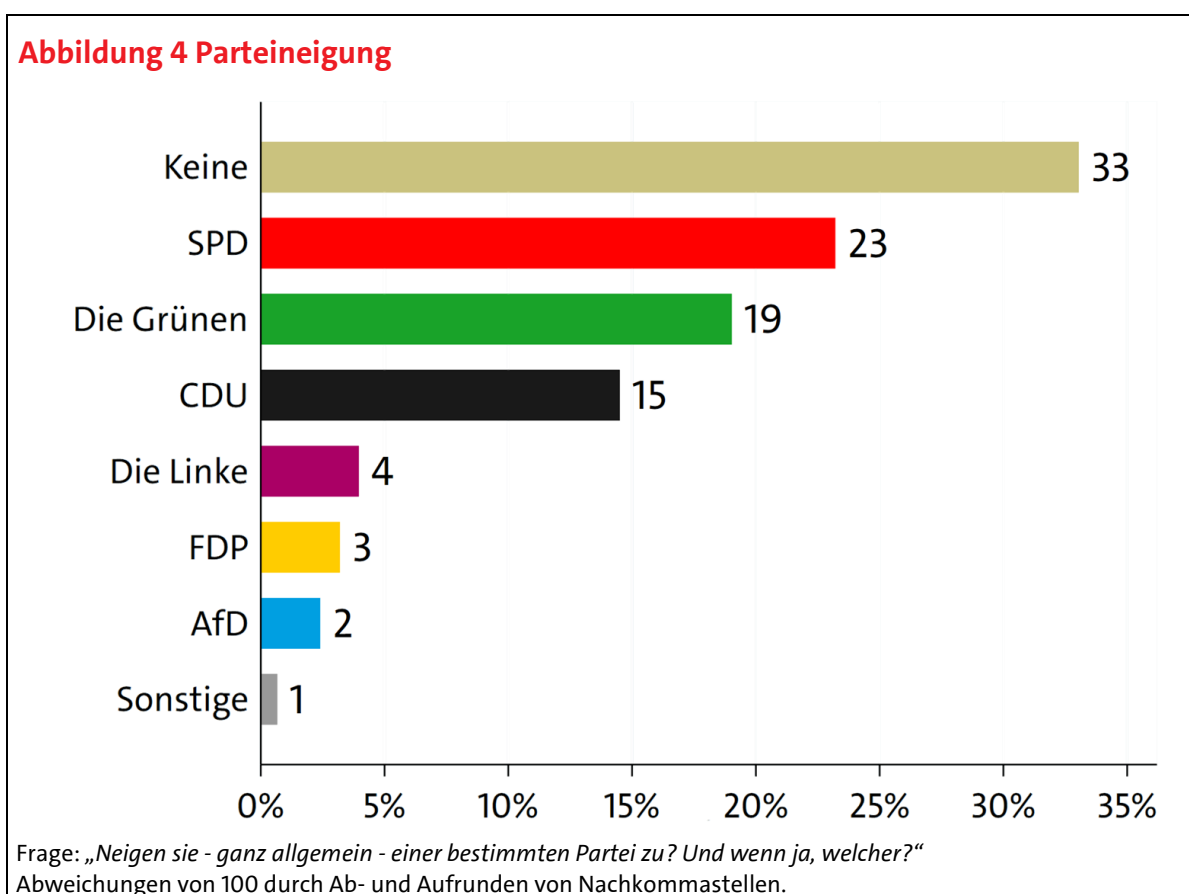
Insgesamt zeigt sich deutlich, dass sich der Stimmgewinn der GRÜNEN aus zwei Faktoren zusammensetzt: Zum einen können Sie den weitaus größten Anteil ihrer vormaligen Wähler 2020 wieder mobilisieren, zum anderen gewinnen Sie massiv aus dem Lager der Nichtwähler hinzu.

¹ Zur Gruppe der Nichtwählerinnen gehören in der Umfrage Personen, die 2015 wahlberechtigt waren und nicht gewählt haben sowie Personen, die 2015 noch nicht wahlberechtigt waren.

Die Zugewinne von der SPD übersteigen die Verluste an die SPD um das Doppelte. Die Stabilität der Zustimmung zur Koalition zwischen SPD und GRÜNEN basiert im Wesentlichen auf der Konstanz ihrer Wählerschaft, die allenfalls innerhalb der Koalitionsparteien wechselt: Über 90% der Wähler verbleiben innerhalb der Regierungsparteien, hinzu kommen große Zugewinne aus den Oppositionsparteien und den Nichtwähler*innen.

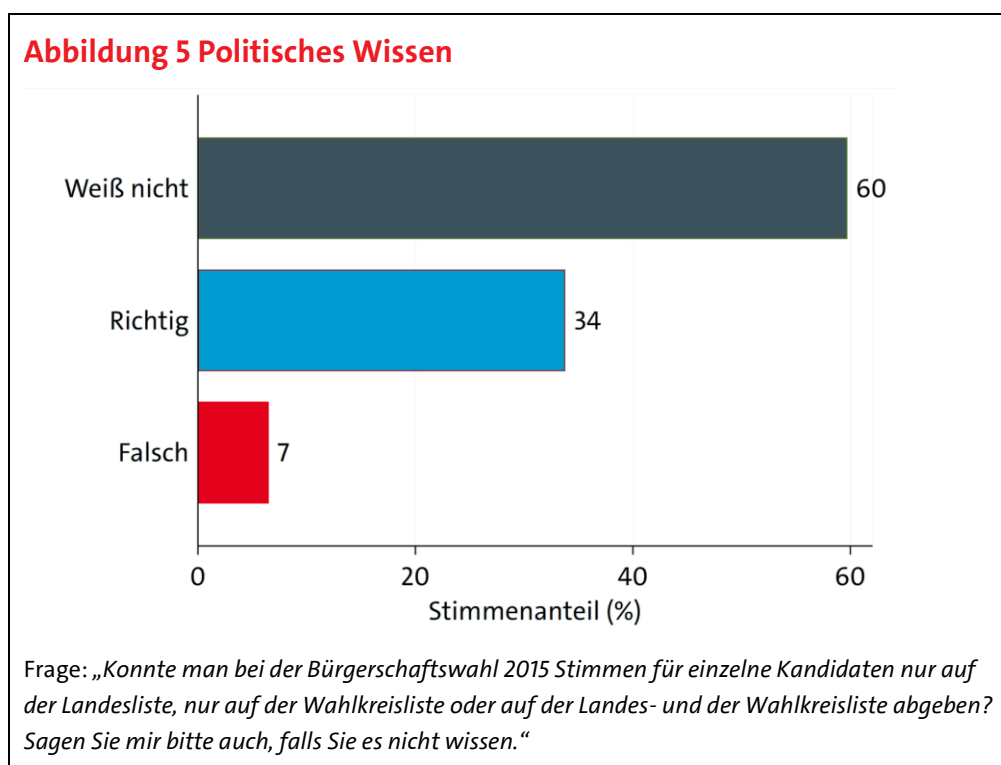
Die langfristige Parteineigung der Hamburger*innen bleibt relativ stabil, aber auch hier konnten leichte Verschiebungen beobachtet werden (Abbildung 4). Der Anteil der Personen, die sich mit keiner Partei identifizieren, stieg im Vergleich mit Anfang 2019 (vgl. Bock et al. 2019) von 29% auf 33%. Etwa 23% der Hamburger*innen identifizieren sich langfristig mit der SPD (2019: 26%), 19% sind Sympathisanten der Grünen (2019: 20%). Im Gegensatz zu den übrigen Parteien übersteigt der Anteil der CDU-Sympathisanten mit 15 % (2019: 13%) den prognostizierten Stimmenanteil der Christdemokraten.

Etwa 4% der Bürger*innen identifizieren sich mit der Linken (2019: 5%) und 3% mit der FDP (keine Änderung). Auch der Wert der sich mit der AfD Identifizierenden verbleibt unverändert bei 2%. Schließlich identifiziert sich 1 % der Hamburger*innen mit sonstigen Parteien.



2.3 Politisches Wissen

Das Hamburgische Wahlsystem gilt als relativ komplex. Anders als bei der Bundestagswahl können die Wähler*innen Präferenzstimmen für individuelle Kandidierende abgeben. Im Falle der Landesliste haben sie alternativ die Option, die gesamte Parteiliste zu unterstützen. Bei den Wahlkreislisten gibt es keine Möglichkeit, eine reine Parteistimme abzugeben, die Wähler*innen müssen konkrete Personen unterstützen. Um zu testen, inwieweit die Bürger*innen mit dem Wahlsystem vertraut sind, haben wir eine Frage nach der Möglichkeit der Abstimmung für einzelne Kandidatinnen bei der letzten Bürgerschaftswahl gefragt (Abbildung 5). Von den Befragten, die 2015 an der Bürgerschaftswahl teilgenommen haben und die somit mit dem System vertraut sein sollten, wurde die Frage von lediglich 34% der Befragten richtig beantwortet 60% wusste die Antwort nicht und 7% haben die Frage falsch beantwortet.



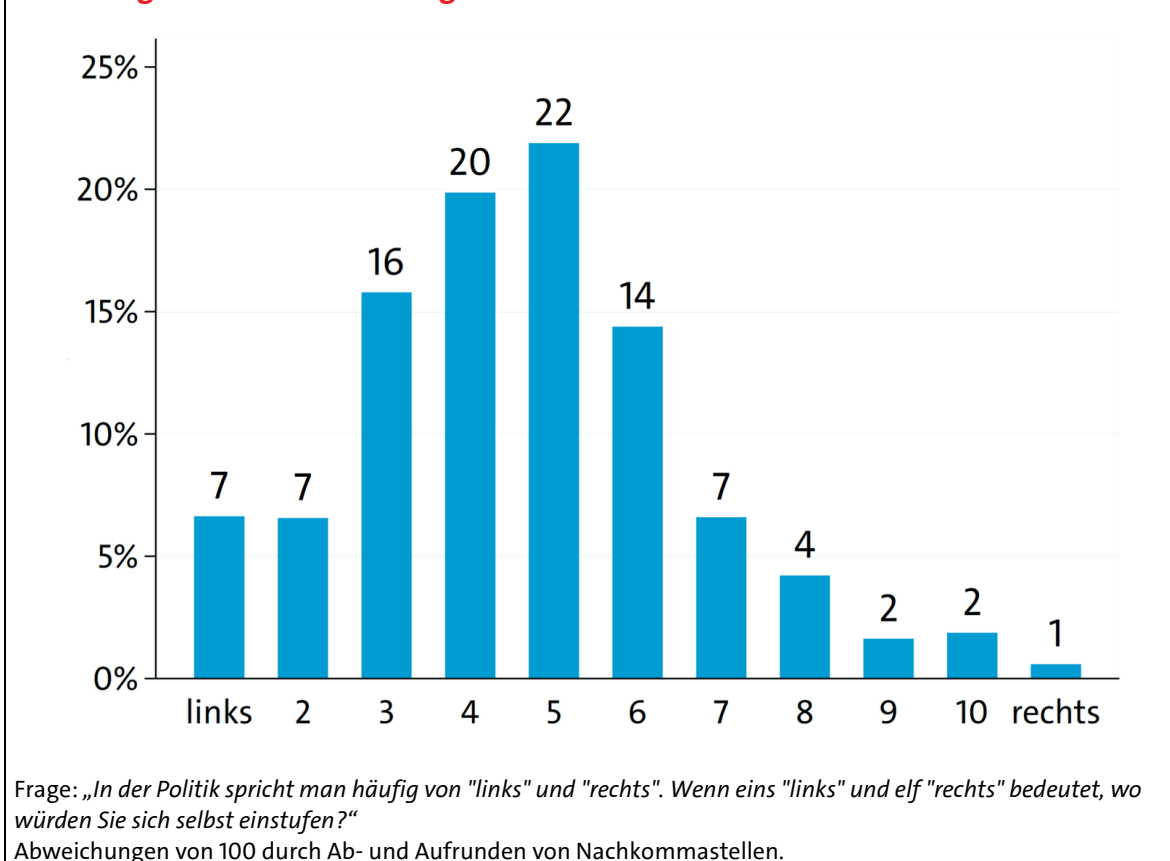
2.4 Rechts-links-Selbsteinschätzung

Neben der Frage nach ihrer Wahlneigung wurden die Befragten gebeten, sich selbst auf einer Rechts-Links-Skala zu verorten (Abbildung 6). Auf dieser Skala steht 1 für „ganz links“ und 11 für „ganz rechts“. Der Durchschnitt der Befragten liegt dabei mit einem Skalenwert von 4,6 links der Mitte.

43% der Befragten ordnen sich der politischen Mitte zu (Skalenwerte 5-7). Ein gutes Drittel (36%) hat moderat linke Positionen (Skalenwerte 3 und 4), 14% der Befragten ordnen sich auf ganz linken Positionen ein (Skalenwert 1 und 2). Insgesamt ordnen sich knapp drei Viertel der Befragten (72%) links von der Mitte ein, dagegen nur 15% rechts von der Mitte. Hier stehen 6% der Befragten auf moderat rechten Positionen (Skalenwerte 8 und 9), 2% der Befragten ordnen sich dem rechten Rand des politischen Spektrums zu (Skalenwerte 10 und 11).

Diese Angaben liefern auch eine Erklärung für den geringen Stimmenanteil, den die CDU nur auf sich vereinen kann, während SPD und Grüne gemeinsam deutlich mehr als 50% der Wählerschaft erreichen.

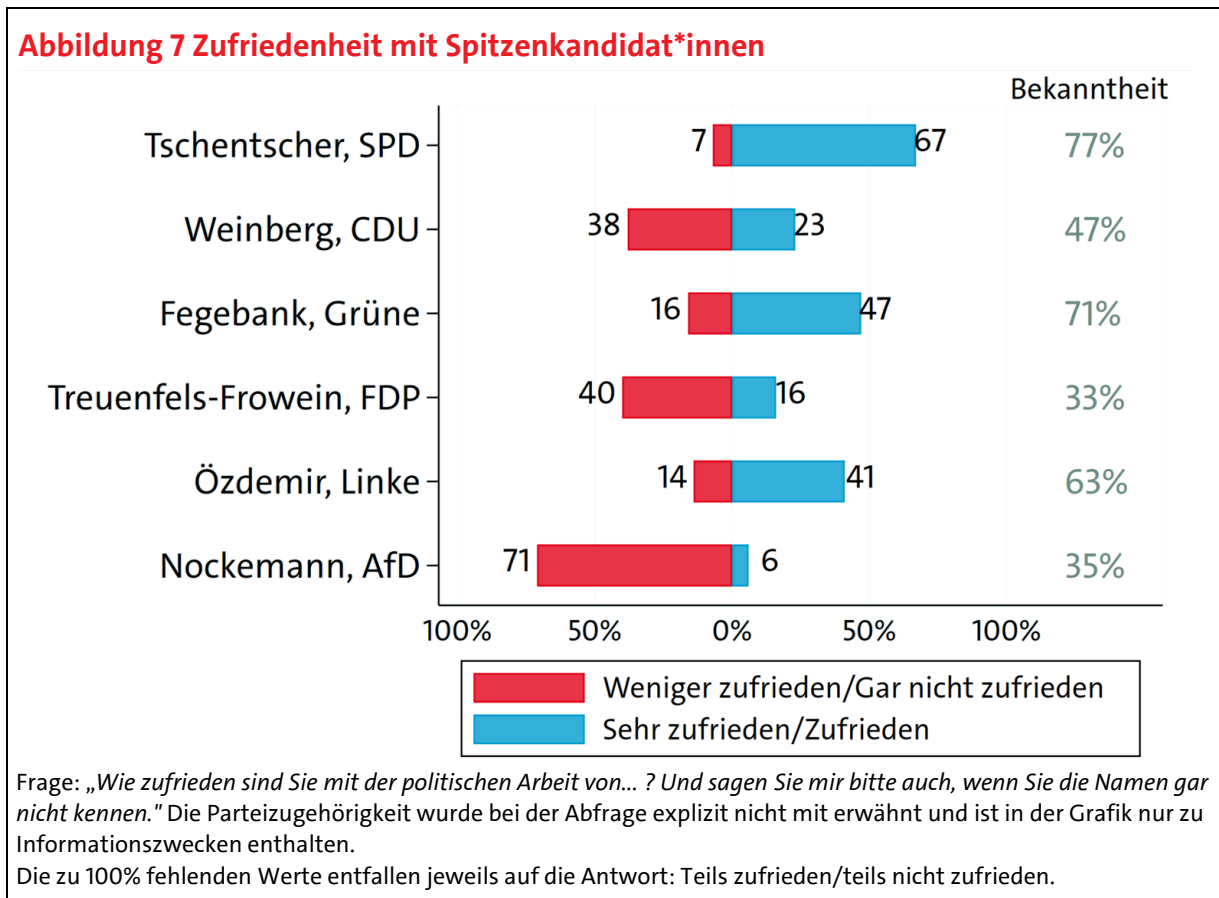
Abbildung 6 Selbsteinschätzung Rechts-Links



2.5 Zufriedenheit mit Hamburger Politikern

Schaut man auf die Zufriedenheit mit den Spitzenpolitikern und –politiker*innen der Parteien (Abbildung 7), zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den Parteien selbst. Peter Tschentscher (SPD) als Erster Bürgermeister und Katharina Fegebank (Grüne) als zweite Bürgermeisterin sind sehr bekannt (Bekanntheitsgrad 77% und 71%) und werden von großen Teilen der Wählerschaft für Ihre Arbeit geschätzt. Mit der Arbeit des Ersten Bürgermeisters sind mehr als zwei Drittel der Befragten (67%) zufrieden, mit der Arbeit der zweiten Bürgermeisterin und Wissenschaftssenatorin immerhin knapp die Hälfte (47%). Die Politiker*innen der Oppositionsparteien fallen dagegen sowohl in der Bekanntheit wie auch in der Zufriedenheit ab. Cansu Özdemir (Die Linke, Co-Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion und Spitzenkandidatin der Partei) ist fast zwei Dritteln der Befragten bekannt (63%), 41% sind mit Ihrer Arbeit zufrieden. Markus Weinberg (CDU, Spitzenkandidat) ist 47% der Hamburger*innen bekannt, 23% sind mit seiner politischen Arbeit zufrieden. Anna von Treuenfels-Frowein (FDP, Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidatin) kennen ein Drittel der Wähler*innen (33%), nur 16% sind mit ihrer Arbeit zufrieden. Dirk Nockemann (Afd, Co-Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion und einer von zwei Spitzenkandidaten der Afd) ist etwas bekannter als Anna von Treuenfels-Frowein (35%), aber nur 6% der Befragten geben an, mit seiner politischen Arbeit zufrieden zu sein. Auffällig ist, dass bei jüngeren Hamburger*innen

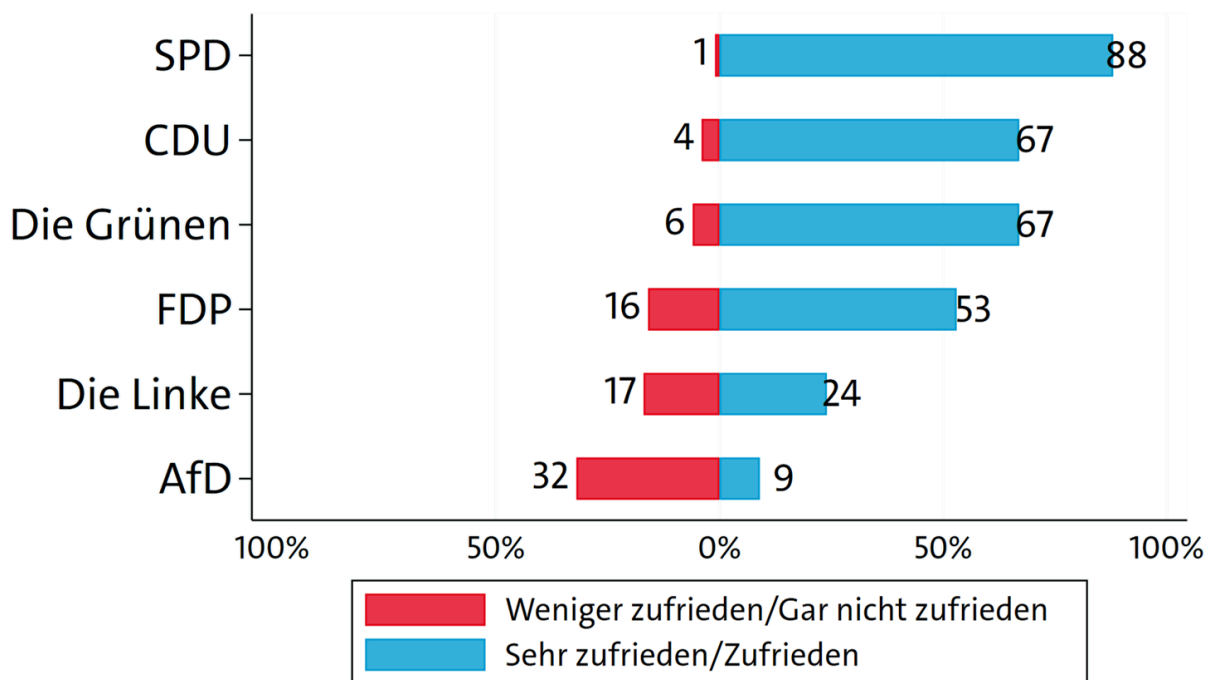
(Alter 16-34 Jahre) die Bekanntheitswerte der Spitzenpolitiker*innen deutlich niedriger ausfallen. Sie sind um bis zu 30 Prozentpunkte geringer als bei älteren Befragten. Das dürfte auf ein geringeres Politikinteresse der jüngeren Befragter zurückzuführen sein (ohne Abbildung).



Differenziert man die Zufriedenheitswerte nach der Wahlentscheidung (Abbildung 8), dann wird deutlich, dass die Mehrheit der Wähler*innen von SPD (88%), CDU (67%) Grünen (67%) und FDP (53%), mit der Arbeit des Ersten Bürgermeisters Peter Tschentscher zufrieden ist. Auffällig ist, dass Befragte, die die Grünen wählen würden, im Durchschnitt sichtbar weniger zufrieden mit Peter Tschentscher sind, als die Wähler*innen von FDP und CDU. Eher unzufrieden mit der Arbeit des Ersten Bürgermeisters sind die Anhänger der Linken (24% Zufriedene) und der AfD (9% Zufriedene).

Katharina Fegebank, die zweite Bürgermeisterin, Wissenschaftssenatorin und Spitzenkandidatin der Grünen, kommt insgesamt auf geringere Zufriedenheitswerte als Peter Tschentscher (Abbildung 9). Lediglich die eigene Wählerschaft ist mit ihr zufriedener als mit dem Ersten Bürgermeister (76% im Vergleich zu 67%). Von den Wähler*innen der SPD sind 47% mit der Arbeit von Fegebank zufrieden. Dieser Wert fällt für die FDP und die Linke auf knapp weniger als die Hälfte (46% bzw. 42%). Die Wählerschaft von CDU ist nur noch zu einem Viertel mit ihr zufrieden (CDU 25%) In der Wählerschaft der AfD gibt es niemanden, der mit Fegebanks Arbeit zufrieden ist.

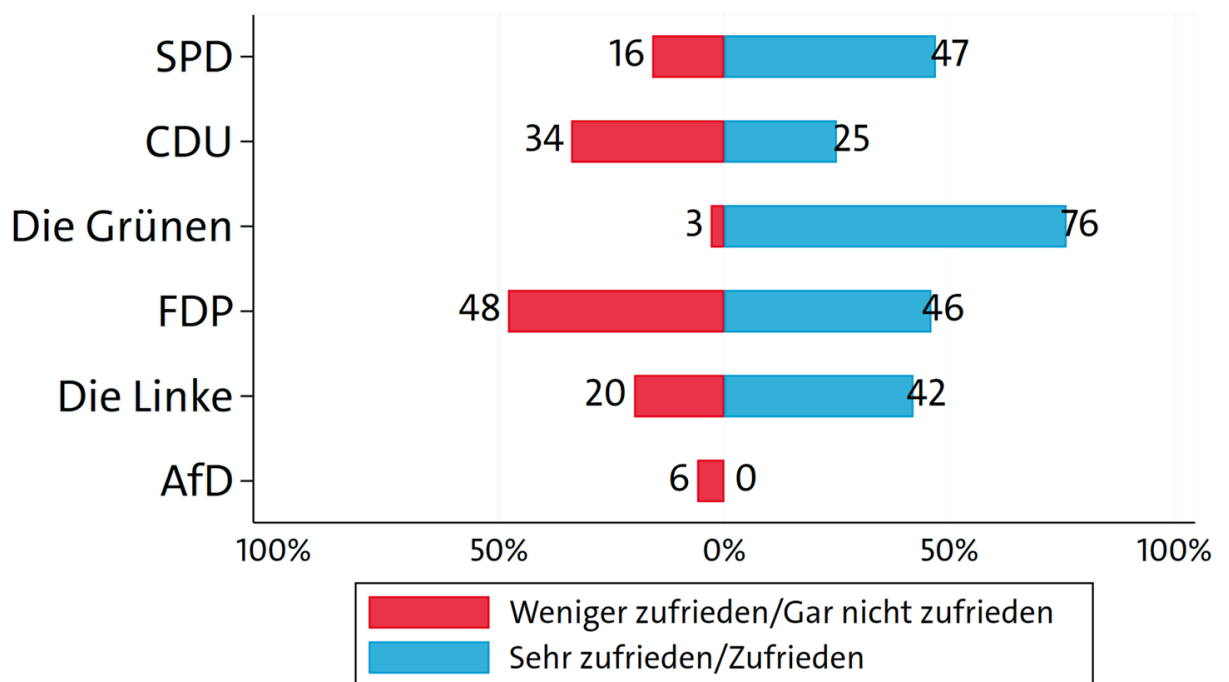
Abbildung 8 Zufriedenheit mit Tschentscher nach langfristiger Parteibindung



Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Arbeit von Peter Tschentscher?“

Die zu 100% fehlenden Prozentpunkte entfallen jeweils auf die Antwort: Teils zufrieden / teils nicht zufrieden.

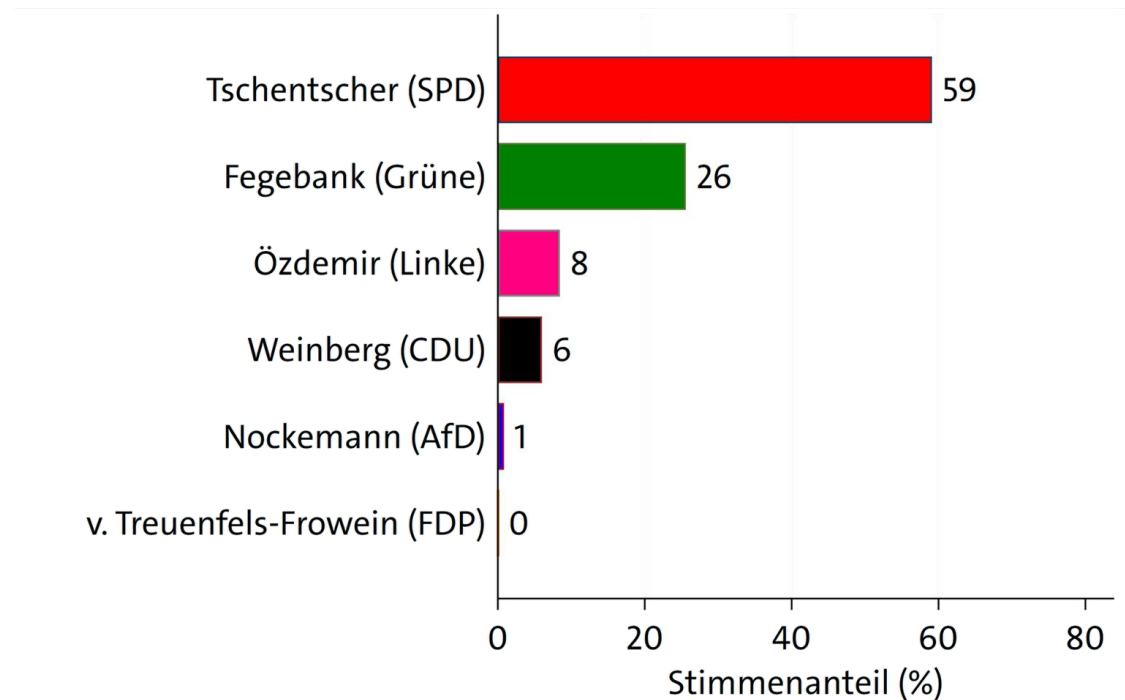
Abbildung 9 Zufriedenheit mit Fegebank nach langfristiger Parteibindung



Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Arbeit von Katharina Fegebank?“

Die zu 100% fehlenden Prozentpunkte entfallen jeweils auf die Antwort: Teils zufrieden/teils nicht zufrieden.

Abbildung 10 Wunsch nach Bürgermeister*in

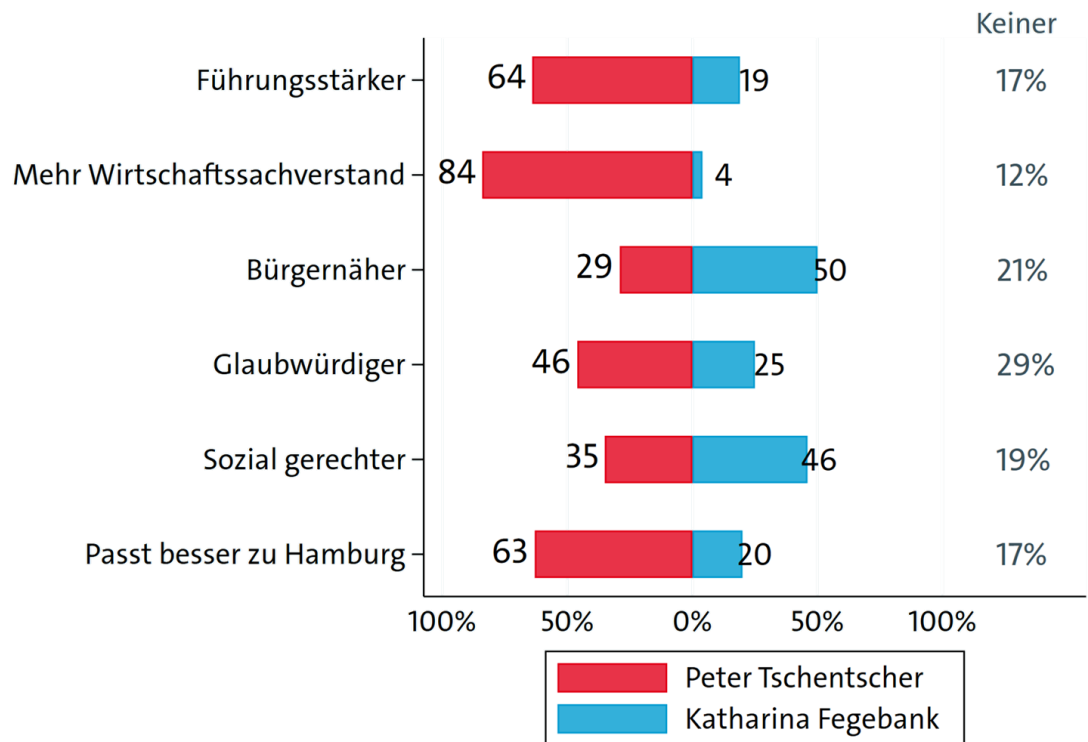


Frage: „Wen hätten Sie nach kommenden Bürgerschaftswahl lieber als ersten Bürgermeister in Hamburg?“

Die meisten Hamburger*innen wünschen sich, dass der jetzige Erste Bürgermeister, Peter Tschentscher, im Amt bleibt (Abbildung 10). 59% der Befragten, die eine Präferenz bezüglich des Ersten Bürgermeisters geäußert haben, unterstützen den Kandidaten der SPD. Tschentscher schneidet somit deutlich besser ab als seine Partei und hat 33 Prozentpunkte Vorsprung vor der zweitplatzierten Katharina Fegebank (Grüne), die etwa ein Viertel der Befragten direkt wählen würde. Cansu Özdemir (Linke) wird von 8% der Befragten bevorzugt, während Markus Weinberg (CDU) auf Unterstützung von 6% der Hamburger*innen zählen kann. Dirk Nockemann (AfD) und Anna von Treuenfels-Frowein (FDP) werden von weniger als einem Prozent der Befragten genannt und würden somit bei einer direkten Wahl deutlich unter dem Stimmenanteil ihrer eigenen Parteien liegen.

Die Befragten wurden anschließend gebeten, die Stärken beider aussichtsreichsten Spitzenkandidaten, Peter Tschentscher und Katharina Fegebank, zu vergleichen (Abbildung 11). Sie sollten bei jeder von sechs Eigenschaften entscheiden, ob sie besser auf Peter Tschentscher, Katharina Fegebank oder auf keine der beiden Personen zutrifft. Der jetzige Amtsinhaber Tschentscher wurde als führungsstärker (64%) als Katharina Fegebank (19%) bewertet. Hinsichtlich der Wirtschaftskompetenz ist der Unterschied zwischen Tschentscher und Fegebank noch deutlicher. Etwa 84% der Hamburger*innen betrachten den Spitzenkandidaten der SPD als kompetenter im Bereich Wirtschaft während lediglich 4% Katharina Fegebank eine höhere Wirtschaftskompetenz zuschreiben. Tschentscher (46%) wird zudem als glaubwürdiger als Fegebank (25%) und besser zu Hamburg passend (63% zu 20%) wahrgenommen. Katharina Fegebank wird, auf der anderen Seite, aufgrund ihrer Bürgernähe besonders geschätzt. 50% der Befragten betrachtet Fegebank als bürgernäher als Tschentscher, während 29% mehr Bürgernähe bei Tschentscher sehen. Fegebank schlägt zudem Tschentscher auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit (46% zu 35%).

Abbildung 11 Tschentscher (SPD) und Fegebank (GRÜNE) im Vergleich



Frage: „Wenn Sie einmal Peter Tschentscher und Katharina Fegebank miteinander vergleichen: Wer von beiden: ist / hat ...?“

2.6 Einstellungen zu Demokratie, Politik und eigenen politischen Handlungspotentialen

In diesem Abschnitt betrachten wir Fragen, mit denen ermittelt wurde, welche Rolle sich Bürger*innen selbst im politischen Prozess zutrauen, welche Rolle sie anderen Mitbürgern zutrauen und wie sie Politiker*innen als Gruppe einschätzen. Neben der Gesamtverteilung der Hamburger Bevölkerung werden wir hier die Unterschiede zwischen den Wähler*innen der verschiedenen Parteien betrachten.

Die erste getestete Aussage lautet: „Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben“ (Tabelle 2). Wähler*innen von CDU, SPD, Grünen und FDP stimmen dieser Aussage zu über 90% voll und ganz oder eher zu. Am meisten Zustimmung gibt es davon bei den Wähler*innen der CDU, die zu 82% voll und ganz und zu 17% eher zustimmen. Kritischer sind die Wähler*innen der Linken. Sie stimmen zu 83% der Aussage voll und ganz oder eher zu, vor allem ist aber die Gruppe der voll und ganz Zustimmenden ist aber bei den Linkswähler*innen deutlich kleiner als bei den vorgenannten Parteien. Am wenigsten zufrieden sind die Wähler*innen der AfD mit dem Leben in Deutschland. Von ihnen stimmen knapp mehr als zwei Drittel (70%) der Befragten der Aussage zu. 3% der AfD-Wählenden stimmen der Aussage, dass man in Deutschland sehr gut leben kann allerdings nur teilweise zu, 24% eher nicht und 3% überhaupt nicht.

Tabelle 2 Sehr gut leben in Deutschland

Ich stimme ...	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	74%	72%	82%	68%	62%	29%	69%	70%
eher zu	19%	25%	17%	27%	21%	41%	25%	22%
teils/teils zu	7%	3%	<1%	2%	14%	3%	3%	6%
eher nicht zu	-	-	<1%	3%	2%	24%	3%	2%
überhaupt nicht zu	<1%	-	-	-	1%	3%	-	<1%

Aussage: „Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben.“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Mit den folgenden zwei Fragen soll eingeschätzt werden, wie gut sich die Bürger*innen durch das politische Hamburg vertreten fühlen. Dabei ist die erste Frage negativ formuliert, sie möchte die Zustimmung zu folgender Aussage erheben: „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken“ Die Unzufriedenheit mit der Politik hat sich im letzten Jahr insgesamt kaum verändert. In der aktuellen Umfrage stimmen 33% der Befragten der ersten Frage voll oder eher zu, sind also der Meinung, dass „die Politiker“ sich nicht um die Wählerschaft kümmern, 2019 waren das noch 34%. In der aktuellen Erhebung stimmen 36% der Befragten der Aussage teilweise zu, 2019 waren das 22%. Mit 31% stimmt knapp ein Drittel der Befragten der Aussage aktuell nicht zu (eher nicht oder überhaupt nicht), hat also eine positive Meinung von Politiker*innen. 2019 äußerten sich nur 23% positiv. Wir können diese Entwicklung allerdings nicht

für alle Wählerschaften gleichermaßen konstatieren. Der Anteil der kritischen Einschätzungen ist bei FDP und Linker gesunken, bei der FDP von 39% auf 32% und bei der Linken von 53% und 41%. Bei der SPD und bei den Grünen gab es keine nennenswerten Veränderungen zwischen den Erhebungen, 2019 stimmten bei der SPD 27% der Aussage zu, aktuell sind es 29%. Auch stimmten 2019 21% der befragten Grünwähler*innen der Aussage zu, aktuell sind es 23%. Bei CDU und AfD ist der Anteil der Zustimmenden gestiegen. Bei der CDU betrug der Anteil der voll und ganz oder eher zustimmenden 2019 28%, aktuell sind es 47%. Hier ist die Unzufriedenheit damit, wie die Politik die Interessen der Bevölkerung vertritt, also deutlich gestiegen. In der AfD wuchs die Zustimmung zur Aussage, das „die Politiker sich nicht kümmern“ von 64% auf 79%, auch hier ist die Unzufriedenheit also ebenfalls größer geworden (Tabelle 3).

Danach fragen wir die Zustimmung zu folgender positiv formulierter Aussage ab: „Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.“ Die Unzufriedenheit mit der Politik hat sich im letzten Jahr insgesamt kaum verändert. In der aktuellen Umfrage stimmen 33% der Befragten der ersten Frage voll oder eher zu, sind also der Meinung, dass „die Politiker“ sich nicht um die Wählerschaft kümmern, 2019 waren das noch 34%. In der aktuellen Erhebung stimmen 36% der Befragten der Aussage teilweise zu, 2019 waren das 22%. Mit 31% stimmt knapp ein Drittel der Befragten der Aussage aktuell nicht zu (eher nicht oder überhaupt nicht), hat also eine positive Meinung von Politiker*innen. 2019 äußerten sich nur 23% positiv. Wir können diese Entwicklung allerdings nicht für alle Wählerschaften gleichermaßen konstatieren. Der Anteil der kritischen Einschätzungen ist bei FDP und Linker gesunken, bei der FDP von 39% auf 32% und bei der Linken von 53% und 41%. Bei der SPD und bei den Grünen gab es keine nennenswerten Veränderungen zwischen den Erhebungen, 2019 stimmten bei der SPD 27% der Aussage zu, aktuell sind es 29%. Auch stimmten 2019 21% der befragten Grünwähler*innen der Aussage zu, aktuell sind es 23%. Bei CDU und AfD ist der Anteil der Zustimmenden gestiegen. Bei der CDU betrug der Anteil der voll und ganz oder eher zustimmenden 2019 28%, aktuell sind es 47%. Hier ist die Unzufriedenheit damit, wie die Politik die Interessen der Bevölkerung vertritt, also deutlich gestiegen. In der AfD wuchs die Zustimmung zur Aussage, das „die Politiker sich nicht kümmern“ von 64% auf 79%, auch hier ist die Unzufriedenheit also ebenfalls größer geworden.

Tabelle 3 Politiker*innen kümmern sich nicht um mich

Ich stimme ...	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	13%	7%	18%	19%	20%	63%	24%	16%
eher zu	16%	16%	29%	13%	21%	16%	4%	17%
teils/teils zu	38%	34%	27%	47%	50%	21%	32%	36%
eher nicht zu	24%	37%	24%	18%	8%	-	38%	26%
überhaupt nicht zu	9%	6%	3%	3%	1%	-	2%	5%

Aussage: „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken.“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Die Antworten auf die zweite Frage, ob „die Politiker sich bemühen, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten“ zeigt ein spiegelbildliches Antwortverhalten. Betrachtet man das Antwortverhalten bei den beiden Fragen zur Einschätzung des Handelns von Politiker*innen zusammenfassend, so kann man festzustellen, dass die Zufriedenheit mit diesem Handeln im Laufe der letzten 12 Monate gestiegen ist. Bei beiden Fragen nimmt der Anteil der Befragten mit einer positiven Einschätzung um ca. 5 Prozentpunkte zu. Die Wählerschaft von CDU und FDP ist allerdings nicht Teil dieser Veränderung (Tabelle 4). Insgesamt ist die Zustimmung zu dieser Frage (voll und ganz oder eher) von 25% zu Beginn des Jahres 2019 auf aktuell 30% gestiegen. 43% der Befragten stimmen der Aussage aktuell teilweise zu, 2019 waren das 47%. 26% der Befragten stimmen der Aussage aktuell eher nicht oder überhaupt nicht zu (2019: 28%), sind also mit dem Handeln der politischen Akteure nicht zufrieden.

Parallel zum Antwortverhalten in Frage 1 sehen wir bei der zweiten Frage zur Einschätzung des Handelns von Politiker*innen eine Zunahme der zustimmenden Antworten bei SPD, den Grünen, Linker und AfD. In der SPD-Wählerschaft steigt die Zustimmung von 30% (2019) auf 38% (aktuell), bei den Grünen steigt die Zustimmung stark von 25% auf 35% und bei der AfD von 8% auf 10%.

Bei Wähler*innen der CDU und der FDP sinkt die Zustimmung. Der Aussage, dass „Politiker sich bemühen“ stimmten Anfang 2019 bei der CDU 33% der Befragten zu, aktuell sind es 26%. Bei der FDP sinkt die Zustimmung von 23% (2019) auf aktuell 13%.

Betrachtet man das Antwortverhalten bei den beiden Fragen zur Einschätzung des Handelns von Politiker*innen zusammenfassend, so kann man festzustellen, dass die Zufriedenheit mit diesem Handeln im Laufe der letzten 12 Monate gestiegen ist. Bei beiden Fragen nimmt der Anteil der Befragten mit einer positiven Einschätzung um ca. 5 Prozentpunkte zu. Die Wählerschaft von CDU und FDP ist allerdings nicht Teil dieser Veränderung.

Tabelle 4 Politiker*innen vertreten Bevölkerung

Ich stimme ...	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	10%	4%	2%	3%	1%	-	-	5%
eher zu	28%	31%	24%	10%	20%	10%	6%	25%
teils/teils zu	41%	52%	46%	63%	26%	16%	32%	43%
eher nicht zu	15%	11%	26%	15%	34%	51%	56%	20%
überhaupt nicht zu	6%	1%	1%	8%	18%	23%	6%	6%

Aussage: „Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Mit den folgenden vier Fragen soll ermittelt werden, wie die Bürger*innen Hamburgs ihr politisches Wissen und ihre politische Handlungsfähigkeit einschätzen. Die ersten beiden Fragen richten sich auf die Befragten selbst, bei der dritten und vierten Frage geht es um die Einschätzung der Mitbürger*innen.

Die Einschätzung des eigenen Politikwissens wird erhoben, indem nach der Zustimmung zur folgenden Aussage gefragt wird: „Im Allgemeinen weiß ich eher wenig über Politik“ (Tabelle 5).

Mehr als die Hälfte der Befragten (56%) schätzen ihr eigenes Politikwissen positiv ein, und lehnen dementsprechend diese Aussage ab (stimmen nicht oder eher nicht zu). Das ist ein Rückgang gegenüber dem Vergleichswert aus dem Frühjahr 2019, der bei 69% lag. Dabei unterscheiden sich die Wählerschaften der Parteien wiederum voneinander. Das meiste Vertrauen in das eigene politische Wissen hat die Wählerschaft der Linken, hier lehnen 67% die Aussage ab. Das geringste Vertrauen in das eigene Politikwissen hat die Wählerschaft der CDU und der FDP, hier lehnen nur 47% bzw. 46% die Aussage ab, dass sie eher wenig von Politik verstehen. Die anderen Parteien befinden sich zwischen diesen Polen (AfD: 65%, Grüne: 57%, SPD: 54%).

Tabelle 5 Eigenes Politikwissen

Ich stimme ...	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	5%	3%	7%	3%	4%	-	1%	4%
eher zu	5%	12%	28%	26%	3%	6%	10%	12%
teils/teils zu	36%	29%	17%	26%	26%	28%	19%	28%
eher nicht zu	28%	34%	23%	15%	26%	20%	52%	29%
überhaupt nicht zu	26%	23%	24%	31%	41%	45%	17%	27%

Aussage: „Im Allgemeinen weiß ich eher wenig über Politik.“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Das eigene Verständnis für Politik wird erhoben, indem nach der Zustimmung zur folgenden Aussage gefragt wird: „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht“ (Tabelle 6).

Das Antwortverhalten stimmt weitgehend mit dem Verhalten bei der Frage nach dem Politikwissen überein (Tabelle 5). 54% der Befragten haben Vertrauen in das eigene Politikverständnis und stimmen dementsprechend der Aussage nicht oder eher nicht zu. Befragte, die sich an der Wahlurne für Grüne, FDP oder Linke entscheiden, antworten dabei in der Summe auf diese zweite Politikkompetenzfrage identisch zur ersten Frage. 68% der Wählerschaft der Linken, 59% bei den Grünen und 51% bei der FDP lehnen diese Aussage ab, vertrauen also in das eigene Verständnis von Politik. Bei der Wählerschaft der CDU und der AfD unterscheidet sich das Antwortverhalten nur um zwei Prozentpunkte von der Frage zum Politikwissen. 64% der Befragten AfD-Wählenden und 45% der CDU-Wählenden lehnen die Aussage, dass Politik „zu kompliziert“ sei, ab. In der Wählerschaft der SPD gibt es etwas größere Unterschiede zwischen der Einschätzung des eigenen Politikwissens und des eigenen Politikverständnisses. Die Differenz beträgt hier 5

Prozentpunkte. 49% der Befragten trauen dem eigenen Verständnis für Politik, während 54% dem eigenen Politikwissen vertrauen.

Tabelle 6 Politik zu kompliziert

Ich stimme ...	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	6%	6%	5%	<1%	5%	-	1%	5%
eher zu	10%	6%	10%	32%	1%	14%	5%	9%
teils/teils zu	35%	30%	40%	16%	25%	22%	50%	32%
eher nicht zu	27%	37%	21%	4%	43%	24%	27%	29%
überhaupt nicht zu	22%	22%	24%	47%	25%	40%	17%	25%

Aussage: „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie Ich gar nicht versteht, was vorgeht.“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Mit der Einstellung zur Aussage „Die Durchschnittsbürger verstehen nur wenig von Politik“ soll ermittelt werden, wieviel Politikverständnis die Befragten ihren Mitbürger*innen zusprechen (Tabelle 7). Auch diese Frage ist negativ formuliert, ablehnende Aussage stehen also für Vertrauen in die politischen Kenntnisse der Mitmenschen. Dieses Vertrauen ist geringer als das Vertrauen in die eigene Urteilsfähigkeit. Nur 19% der Befragten machen deutlich, dass sie ihre Umwelt für politisch weitgehend urteilsfähig halten. Allerdings ist bei dieser Frage die Kategorie „stimme teilweise zu“ relativ stark besetzt. 47% haben also zumindest teilweise Vertrauen in die politische Urteilsfähigkeit der Menschen um sie herum, während 34% kein Vertrauen haben.

Auch hier unterscheiden sich die Wählerschaften der Parteien voneinander. Am meisten Urteilsfähigkeit trauen die Wähler*innen von SPD und Grünen ihrer Umwelt zu, die größten Zweifel an der Urteilsfähigkeit anderer Menschen haben die Wähler*innen der FDP und der AfD. So lehnen bei der SPD 22% der Befragten die negative Aussage über andere Menschen ab, 46% stimmen ihr teilweise zu. Bei den Grünen lehnen 21% der Befragten die Aussage ab und 51% stimmen ihr teilweise zu. Bei der Linken lehnen 19% die Aussage ab und 42% stimmen teilweise zu. Der Ablehnungswert liegen bei der AfD mit 15%, bei der CDU mit 14% und bei der FDP mit 10% vergleichsweise gering. Teilweises Vertrauen in die Urteilsfähigkeit anderer haben 32% der Wähler*innen der AfD, 45% bei der CDU und bei der FDP sind es 38%.

Tabelle 7 Politikwissen anderer

Ich stimme ...	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	12%	4%	18%	21%	9%	7%	5%	10%
eher zu	21%	24%	27%	31%	29%	45%	15%	24%
teils/teils zu	46%	51%	42%	38%	42%	32%	76%	47%
eher nicht zu	19%	20%	7%	10%	17%	1%	2%	16%
überhaupt nicht zu	3%	1%	7%	-	2%	14%	2%	3%

Aussage: „Die Durchschnittsbürger verstehen nur wenig von Politik.“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Mit der Zustimmung zur Frage: „Die meisten Leute wären durchaus fähig, in einer politischen Gruppe mitzuarbeiten“ wird im positiven Sinne ermittelt, wie die Befragten die politischen Kompetenzen ihrer Umwelt einschätzen. Auch hier sehen wir wieder Unterschiede zwischen den Parteien. Das größte Vertrauen (voll und ganz oder eher) in die Aktionsfähigkeit ihrer Mitmenschen hat mit 54% Zustimmung die Wählerschaft der AfD, gefolgt von der Wählerschaft der Linken mit 46% Zustimmung. Ihnen folgen die Wähler*innen der Grünen mit einer Zustimmung von 40%, der SPD (38%) und der FDP (35%). Das geringste Vertrauen hat mit 26% Zustimmung die Wählerschaft der CDU.

In der Zusammenschau der Fragen zu den politischen Kompetenzen der eigenen Umwelt wird deutlich, dass die Befragten sich selbst mehr Kompetenz zutrauen als ihren Mitmenschen. Die politische Aktionsfähigkeit wird dabei besser bewertet als das politische Wissen.

Tabelle 837% der Befragten stimmen der Aussage voll und ganz oder eher zu, 36% stimmen ihr teilweise zu. Insgesamt gehen also knapp drei Viertel (73%) alle Befragten davon aus, dass ihre Mitbürger*innen mindestens teilweise in der Lage sind, sich politisch zu organisieren und zu engagieren.

Auch hier sehen wir wieder Unterschiede zwischen den Parteien. Das größte Vertrauen (voll und ganz oder eher) in die Aktionsfähigkeit ihrer Mitmenschen hat mit 54% Zustimmung die Wählerschaft der AfD, gefolgt von der Wählerschaft der Linken mit 46% Zustimmung. Ihnen folgen die Wähler*innen der Grünen mit einer Zustimmung von 40%, der SPD (38%) und der FDP (35%). Das geringste Vertrauen hat mit 26% Zustimmung die Wählerschaft der CDU.

In der Zusammenschau der Fragen zu den politischen Kompetenzen der eigenen Umwelt wird deutlich, dass die Befragten sich selbst mehr Kompetenz zutrauen als ihren Mitmenschen. Die politische Aktionsfähigkeit wird dabei besser bewertet als das politische Wissen.

Tabelle 8 Potential der politischen Mitwirkung anderer

Ich stimme ...	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	15%	8%	9%	25%	13%	15%	10%	12%
eher zu	23%	32%	17%	10%	33%	39%	20%	25%
teils/teils zu	35%	34%	37%	35%	30%	39%	55%	36%
eher nicht zu	23%	23%	34%	21%	23%	3%	14%	23%
überhaupt nicht zu	5%	3%	3%	10%	2%	4%	-	4%

Aussage: „Die meisten Leute wären durchaus fähig, in einer politischen Gruppe mitzuarbeiten.“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Schauen wir abschließend zu diesem Themenkomplex auf die Zustimmung zur Frage „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen“ (Tabelle 9). Insgesamt stimmen 89% aller Befragten dieser Aussage voll oder eher zu. Die Wahlnorm am meisten verinnerlicht haben die Wähler*innen der FDP, unter denen 94% der Aussage voll und ganz oder eher zustimmen. SPD und Grüne folgen dichtauf mit jeweils 92% Zustimmung, ihnen folgt die Wählerschaft der CDU mit 90%. Etwas weniger überzeugt, dass Wählen eine Bürgerpflicht ist, sind die Wähler*innen von Linke und AfD. Bei der AfD stimmen 87% der Aussage voll und ganz oder eher zu, bei der Linken sind es nur 81%. Insgesamt ist die Haltung der Hamburger*innen weit überwiegend, dass man sich an Wahlen aktiv beteiligen sollte.

Bei dieser Einschätzung muss allerdings beachtet werden, dass Personen, die regelmäßig nicht zur Wahl gehen auch deutlich seltener als andere an Umfragen teilnehmen. Diese Werte sind also aufgrund eines in Umfragen nicht zu behebbenden Problems in dem Sinne verfälscht, dass die Verbreitung einer positiven Wahlnorm in der Bevölkerung durch diese Daten überschätzt wird.

Tabelle 9 Wählen als Bürger*innenpflicht

Ich stimme ...	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	83%	76%	85%	93%	72%	83%	63%	78%
eher zu	9%	16%	5%	1%	9%	4%	26%	11%
teils/teils zu	3%	7%	6%	5%	11%	9%	1%	6%
eher nicht zu	1%	1%	4%	1%	5%	-	5%	3%
überhaupt nicht zu	5%	<1%	<1%	1%	2%	5%	5%	3%

Aussage: „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen.“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

2.7 Klimaplan und Koalitionsziele

Mit seinem 2015 initiierten und 2019 weiterentwickelten „Klimaplan“ strebt der Hamburger Senat bis 2030 eine deutliche Verringerung des Kohlendioxidausstoßes in Hamburg an, bis 2050 sollen die Emissionen auf 0 gebracht werden. Der Plan ist aufgeteilt in die Bereiche private Haushalte/Wärmewende, Mobilität, Gewerbe/Dienstleistung/Handel und Industrie. Wir haben in unserer Umfrage nach Maßnahmen aus den ersten beiden Bereichen gefragt (Tabelle 10), weil diese Maßnahmen für die meisten Bürger*innen einen sehr konkreten Bezug haben. Zusätzlich wurde die Zustimmung zu weiteren Maßnahmen des Bereichs Mobilität im Verkehrsteil ermittelt (Tabelle 15). Das Gesamtbefragungsergebnis interpretieren wir so: Würde der Klimaplan in den von uns abgefragten Punkten der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt, würde er mit einer leichten Mehrheit von den Befragten angenommen werden. Bei den einzelnen Punkten gibt es aber erhebliche Unterschiede.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen, die die Wärmeversorgung der Stadt betreffen, finden mehrheitlich Zustimmung. Die Pflicht zur Solaranlageninstallation auf Dächern befürworten 59%, den Kohlausstieg bei der Fernwärme befürworten 54% der Befragten ganz oder eher.. Beim Verbot des Neubaus und der Modernisierung von Ölheizungen sinkt die Zustimmung auf eine knappe Mehrheit von 52%. Die größte Zustimmung gibt es bei Maßnahmen, die den Schiffs- und Flugverkehr betreffen. 64% der Befragten stimmen zu, dass nur noch Schiffe mit hohen Umweltstandards den Hamburger Hafen anlaufen sollen, einer schadstoffabhängigen Landegebühr für Flugzeuge stimmen sogar 67% der Befragten zu.

Mit leichter Mehrheit ablehnend stehen die Befragten Elektrifizierungsmaßnahmen bei PKW gegenüber. Nur 46% sind ganz oder eher für die Elektrifizierung von Taxen, Mietwagen, Car- und Ridesharingdiensten, der Einführung einer E-Fahrzeugquote für Unternehmen stimmen nur 44% der Befragten zu.

Mit 72% Zustimmung wird die Forcierung von Aufforstungsprojekten am meisten positiv von den Befragten gewertet, der Bau von Windkraftanlagen auch in der Nähe von Wohnhäusern findet dagegen die geringste Unterstützung. Nur etwas mehr als ein Drittel (34%) der Befragten stimmen dieser Maßnahme ganz oder teilweise zu.

Tabelle 10 Einverständnis mit Maßnahmen des Hamburger Klimaplanes

Zustimmung zu..	Stimme voll /eher zu	Stimme teils /teils zu	Stimme eher /überhaupt nicht zu	Durchschnitt
Forcierung von Aufforstungsprojekten in HH	72%	17%	4%	1,8
Höhere schadstoffabhängige Landgebühren für Flugzeuge	67%	18%	13%	2,0
Hafen darf nur noch von Schiffen mit hohen Umweltstandards angelaufen werden	64%	20%	14%	2,1
Kohleausstieg bei Fernwärme	54%	23%	18%	2,3
Pflicht Solaranlageninstallation bei Neubauten /Dachsanierungen	59%	22%	18%	2,3
Verbot Neueinbau / Modernisierung von Ölheizungen	52%	25%	21%	2,4
Vorgabe der Elektrifizierung von Taxen, Mietwagen sowie Car- und Ride-sharingdiensten	46%	28%	22%	2,5
E-Fahrzeugquoten für Unternehmen	44%	23%	27%	2,7
Bau von Windkraftanlagen auch in der Nähe von Wohnhäusern	34%	28%	26%	3,0

Frage: „Bitte sagen Sie jeweils, wie sehr Sie der Maßnahme zustimmen.“
 Durchschnittswert der Skala von 1: „stimme voll und ganz und“ bis 5: „stimme überhaupt nicht zu.“
 Die zu 100% fehlenden Werte sind durch die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ besetzt.

Kurz vor der Wahl interessierte uns neben der Zustimmung zu Plänen für die Zukunft auch die Frage, wie zufrieden die Bürger*innen der Freien und Hansestadt mit der Arbeit des aktuellen Senates sind (Tabelle 11). Dabei haben wir nach den Themenbereichen Einhaltung der Schuldenbremse, Wohnungsbauprogramm, Mitepreisbremse, KiTa-Betreuungsschlüssel, Leistungsausbau Ganztagschulen, Netzerückkauf, Radnetzausbau und Unterstützung regionaler Agrarprodukte gefragt. Über alle Handlungsfelder hinweg ist ein knappes Drittel (32%) der Befragten mit der Leistung des Senates sehr oder etwas zufrieden, ein Viertel (25%) ist teils zufrieden/teils unzufrieden, ein weiteres Viertel (23%) ist unzufrieden. Etwa ein Fünftel der Befragten (22%) trauen sich keine Einschätzung zu.

Fasst man die Angaben als Noten auf und bildet für jedes Thema eine Durchschnittsnote zwischen 1 und 5, dann bekommt der Senat in den einzelnen Themen Durchschnittsnoten zwischen 2,4 (Haushaltkonsolidierung) und 3,5 (Mietpreisbremse). Die Gesamtnote für die Arbeit

des Senates über alle Politikfelder ist dann 2,8.

Die Durchschnittswerte schließen die Personen aus, die keine Einschätzung abgeben haben. Die Nutzung der Kategorie „keine Angabe“ schwankt stark zwischen den einzelnen Fragen. Bei den Fragen zum Wohnungsbau (Durchschnittsnote 2,8) und der Umsetzung der Mietpreisbremse (Durchschnittsnote 3,5) haben nur 8% und 14% der Befragten keine Wertung abgegeben. Anders formuliert sahen sich 92% bzw. 86% der Befragten in der Lage, eine Einschätzung abzugeben. Bei den Fragen nach dem KiTa-Betreuungsschlüssel (Durchschnittsnote 2,6) und dem Leistungsausbau der Ganztagschulen (2,7) wurde am häufigsten die Kategorie keine Angabe genutzt (32% und 31% der Befragten). Angesichts der Tatsache, dass Familien ohne Kita- und schulpflichtige Kinder hier die direkten Erfahrungen fehlen, erscheint diese Zurückhaltung bei der Bewertung als plausibel.

Tabelle 11 Zufriedenheit mit der Umsetzung der rot-grünen Koalitionsziele

Zufriedenheit mit...	Sehr / etwas zu- frieden	Teils /teils	Eher nicht /gar nicht zufrieden	Weiß nicht /keine An- gabe	Durch- schnitt
Haushaltkonsolidierung / Ein- haltung der Schuldenbremse	38%	27%	14%	21%	2,4
Umsetzung des Netzzurückkaufs	37%	23%	14%	26%	2,5
Unterstützung regionaler Agrar- produkte	34%	25%	19%	23%	2,6
Verbesserung KiTa-Betreuungs- schlüssel	31%	20%	17%	32%	2,6
Leistungsausbau Ganztagschu- len	33%	22%	14%	31%	2,7
Umsetzung des Wohnungsbau- programms	38%	27%	26%	8%	2,8
Radnetzausbau	27%	27%	39%	23%	3,4
Umsetzung der Mietpreis- bremse	19%	26%	42%	14%	3,5
Durchschnitt über alle Items	32%	25%	23%	22%	2,8

Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit...?“

Durchschnittswert der Skala von 1: „sehr zufrieden“ bis 5 „gar nicht zufrieden“. Die zu 100% fehlenden Werte sind durch die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ besetzt.

3 Verkehr

Wie zu Beginn gezeigt, stellt Verkehr für viele Hamburger*innen ein Problem dar und wird in der Auflistung der „größten Probleme“ Hamburgs am häufigsten genannt. Daher wurde diese Thematik in der 6. Runde des Hamburg-BUS vertieft behandelt. Dazu wurde eine Reihe von Fragen zu verfügbaren Fahrzeugen und Nutzung von Verkehrsmitteln im Alltag gestellt. Zudem wurden die Befragten gebeten, die Verkehrssituation für die verschiedenen Fortbewegungsarten mit Schulnoten zu bewerten und anzugeben, wie wünschenswert sie verschiedene verkehrspolitische Maßnahmen finden.

3.1 Verfügbare Fahrzeuge und Abstellmöglichkeiten

Gefragt wurde danach, welche und wie viele Fahrzeuge den Befragten in ihrem Haushalt zur Verfügung stehen (Tabelle 12).

Kein Auto haben 20,9%, 52% haben ein Auto und 27% der Befragten haben zwei oder mehr Autos in ihrem Haushalt. Motorräder und Mopeds sind offenbar nur von geringer Bedeutung in Hamburg: Über ein oder mehrere Motorräder verfügt nur 10,1% der Befragten. Noch weniger verbreitet sind Mopeds (5,9%). Fahrräder hingegen stehen in der Mehrzahl der Haushalte zur Verfügung, nur 14,2% gibt an, kein Fahrrad zu haben, 68,9% der Befragten leben in Haushalten mit 2 oder mehr Fahrrädern. Hingegen sind E-Bikes, die eine Fortbewegung auch bei geringerer Kondition und bei längeren Wegen ermöglichen, nur in 7,9% der Haushalte zu finden, wobei nur 2,2% der Befragten mehr als ein E-Bike angeben.

Tabelle 12 Anzahl der Fahrzeuge im Haushalt

Anzahl der Fahrzeuge im Haushalt				
	0	1	2	3 oder mehr
Auto	20,9	52,0	22,3	4,7
Motorrad	89,9	9,0	0,5	0,6
Moped	94,2	5,4	0,3	0,2
Fahrrad	14,2	16,7	23,0	45,9
E-Bike	92,1	5,7	2,1	0,1

Frage: „Wie viele der folgenden Fahrzeuge gibt es in Ihrem Haushalt?“

Diejenigen, die kein Auto im Haushalt haben, wurden nach den Gründen dafür gefragt (ohne Abbildung). Dabei konnten mehrere Antworten angegeben werden. Hier geben 69,9% an, dass sie kein Auto brauchen, für 71,8% handelt es sich um einen bewussten Verzicht, für 31,3% ist der Besitz eines Autos zu teuer und 24,4% der Befragten nennen das Alter oder gesundheitliche Gründe für die Autolosigkeit des Haushalts.

Ein bzw. ein weiteres eigenes Auto anzuschaffen planen 13,5% der Befragten, die Mehrheit davon lebt bereits in einem Haushalt mit mindestens einem Auto. Ein E-Bike anschaffen möchten 7,5%

der Befragten, davon lebt die ganz große Mehrheit in einem Haushalt, der bisher kein E-Bike zur Verfügung hat. Einen Fahrradkauf planen 14% der Befragten, hiervon verfügt die überwiegende Mehrheit bereits über mindestens ein Fahrrad im Haushalt.

Autos stehen die meiste Zeit des Tages. Daher wurde danach gefragt, wo die Befragten ihr/e Auto/s abstellen können. Die Hälfte (49,9%) kann das Auto auf dem privaten Grundstück oder in einer privaten Garage abstellen, ein Drittel (33,4%) parkt im öffentlichen Straßenraum und 16,5% haben Zugang zu einer Tiefgarage oder einem Parkhaus.

In Städten wie Hamburg ist das sichere Abstellen eines Fahrrads nicht immer gewährleistet, aufgrund der hohen Diebstahlrate jedoch von entscheidender Bedeutung. Gefragt danach, wie einfach die Befragten ihr Fahrrad sichern können, geben 89,1% an, dass dieses „sehr einfach“ oder „einfach“ machbar ist, nur 5,3% geben an, es sei „eher schwierig“ oder „sehr schwierig“. Die übrigen 5,7% sagen „teils/teils“. Gleichzeitig ist es für die regelmäßige Benutzung des Fahrrads auch wichtig, dass der Zugang zur Straße möglichst einfach ist. Hier haben offenbar 80,3% keine Probleme, 6,7% geben jedoch Schwierigkeiten an, 13,1% sind hier unentschieden.

Eine Alternative oder Ergänzung zum eigenen Auto stellt Carsharing dar und in Hamburg gibt es mehrere Anbieter. Voraussetzung für die Nutzung der Autos ist eine Mitgliedschaft. Die Mehrheit der Befragten (78,2%) nutzen diese Möglichkeit des Zugangs zu einem Auto offenbar gar nicht, 21,7% hat mindestens bei einem Anbieter von Carsharing eine Mitgliedschaft. Im Vergleich zu Deutschland insgesamt (4%) bzw. Metropolen in Deutschland (14%) (Mobilität in Deutschland 2017) ist der Mitgliederanteil in Hamburg überproportional hoch. Carsharing wird von den Befragten, die in einem autolosen Haushalten leben, mit 31,8% deutlich stärker genutzt als von denen, die über mindestens ein Auto verfügen (19,9%).

3.2 Nutzung verschiedener Verkehrsmittel und Onlineshopping

Das Vorhandensein von Fahrzeugen in einem Haushalt sagt noch nichts über dessen Nutzung aus. Daher wurden die Befragten danach gefragt, wie häufig sie die verschiedenen Verkehrsmittel nutzen (Tabelle 13). Am häufigsten werden als Fortbewegungsart Wege zu Fuß mit einer (fast)täglichen Ausübung zurückgelegt (57,5%), gefolgt vom ÖPNV (40,8%), dem Fahrrad (34,9%) und dem Auto (34,8%). Carsharing und Mietfahräder werden hingegen eher unregelmäßig bzw. seltener genutzt, Mietfahräder, wozu „Stadtrad“ und „Swapfiets“ gehören, von 90,3% nie oder fast nie.

Tabelle 13 Häufigkeit der Verkehrsmittelnutzung

Häufigkeit der Verkehrsmittelnutzung					
	Täglich/fast täglich	An 1-3 Tagen pro Woche	An 1-3 Tagen pro Monat	Seltener als monatlich	Nie oder fast nie
Fahrrad	34,9%	26,1%	17,9%	8,3%	12,9%
Mietfahrrad	0,5%	0,9%	3,3%	5,0%	90,3%
Auto	34,8%	33,3%	10,0%	4,3%	17,6%
ÖPNV	40,8%	26,3%	18,5%	7,8%	6,6%
Wege ausschließlich zu Fuß	57,5%	25,1%	6,1%	3,5%	7,9%
Carsharing	-	5,2%	23,4%	35,2%	36,3%

Frage: „Wie häufig nutzen Sie folgende Verkehrsmittel?“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Umstritten sind in Hamburg die E-Scooter. Verschiedene Unternehmen haben seit Juni 2019 ihre Flotten im öffentlichen Raum aufgestellt, die über eine App nutzbar sind. Die große Mehrheit der Befragten (83,9%) hat diese neuen Fahrzeuge noch nie benutzt (ohne Abbildung). 10,7% haben es ausprobiert, nutzen die E-Scooter aber nicht mehr. 2,4% nutzen sie seltener als monatlich, 3,0% mehrmals im Monat und nur 0,1% fahren regelmäßig, mehrmals wöchentlich damit. Nicht berücksichtigt ist hierbei die Nutzung durch Tourist*innen.

Gefragt wurde weiterhin danach, welche Fahrkarten die Befragten für den ÖPNV nutzen. Hier geben die Befragten zu etwa gleichen Teilen an, einen Einzelfahrschein oder eine Tageskarte zu lösen (48,6%) oder über eine Zeitkarte (Wochenkarte, Monatskarte, Jahreskarte, Firmenabo, Studierendenticket) zu verfügen (48,9%).

Flüge sind, bezogen auf die zurückgelegte Distanz, die für das Klima schädlichste Art der Fortbewegung. Mit den sogenannten „Billigfliegern“ sind Flugreisen jedoch teilweise günstiger als Bahnfahrten. Der Hamburger Flughafen bedient eine Vielzahl an Destinationen. Rund 46% der

Befragten fliegen jedoch nie oder nur selten, 54% geben an, mindestens jährlich einmal zu fliegen. Vielfliegende, die mindestens einmal jeden Monat ins Flugzeug steigen, sind nur 3,9%. Jedoch fliegen 14,6% mindestens einmal alle 2-6 Monate (ohne Abbildung).

Für Einkäufe des täglichen Bedarfs, des gelegentlichen Bedarfs und von langlebigen Gütern wurde die Nutzung von Verkehrsmitteln abgefragt (Tabelle 14). Für den täglichen Bedarf gehen 61,2% der Befragten zu Fuß, 43% fahren mit dem Auto und 34,2% nehmen das Fahrrad. Für den Einkauf des gelegentlichen Bedarfs nehmen 53,1% den ÖPNV, 32,9% das Auto und 22,2% gehen zu Fuß. Für langlebige Güter, dazu gehören beispielsweise Möbel, nehmen 60,8% der Befragten das Auto, 21% kaufen solche Dinge online und 14,4% nehmen hierfür Bahn oder Bus. Für diejenigen, die kein eigenes Auto haben, ist der ÖPNV (31,2%), Onlineshopping (25,4%) und das Fahrrad (7,9%) beim Kauf von langlebigen Gütern eine häufiger angegebene Option. Carsharing (3,9%) spielt zwar eine größere Rolle als bei Befragten aus autobesitzenden Haushalten, fällt jedoch insgesamt nicht sehr ins Gewicht.

Tabelle 14 Nutzung von Verkehrsmitteln für Einkäufe

	Einkäufen für den täglichen Bedarf	Einkäufen für den gelegentlichen Bedarf	Einkäufen von langlebigen Gütern
Zu Fuß	61,2%	22,2%	6,3%
Fahrrad	34,2%	18,8%	4,9%
Auto	43,0%	32,9%	60,8%
Carsharing	-	0,1%	0,9%
ÖPNV	11,9%	53,1%	14,4%
Online	1,8%	8,9%	21,0%
Kaufe ich nicht	0,8%	2,6%	3,8%

Frage: „Wie legen Sie Wege für folgende Einkäufe in der Regel zurück?“
Nennungen in Prozent. Möglich waren hier bis zu 3 Nennungen.

Die Möglichkeit, über das Internet verschiedene Güter zu bestellen, gilt als Bedrohung des städtischen Einzelhandels, aber auch als Chance für mobilitätseingeschränkte Personen oder solche mit wenig Zeit, sich Dinge zu beschaffen.

Gefragt wurde, wie häufig online geshoppert wird (ohne Abbildung). Hier geben 1,1% der Befragten an, „täglich oder fast täglich“ online einzukaufen, 9,7% geben „an 1-3 Tagen pro Woche“ und 38,2% „an 1-3 Tagen pro Monat“ an. Damit spielt diese Form des Einkaufens für etwa die Hälfte der Befragten (48,8%) eine wichtige Rolle. Hingegen geben 27,4% an, „seltener als monatlich“ und 20,7% „nie bzw. fast nie“ im Internet einzukaufen. 2,9% hat diese Möglichkeit gar nicht, da sie keinen Internetanschluss haben.

3.3 Bewertung von Verkehrssituation und verkehrspolitischen Maßnahmen

Ob ein Verkehrsmittel verwendet wird, hängt teilweise auch davon ab, wie man die Situation für dieses Verkehrsmittel bewertet. Daher wurde nach einer Bewertung in Schulnoten für die Verkehrssituation für den Fahrradverkehr, den Autoverkehr, den öffentlichen Verkehr und für Fußwege gefragt (ohne Abbildung). Einigermaßen gut fallen die Durchschnittsnoten für die Fußwege (1,9) und den ÖPNV (2,6) aus. Für den Autoverkehr geben die Befragten nur die Durchschnittsnote 3,3 und für den Fahrradverkehr nur noch eine 3,5.

Derzeit werden verschiedene politische Maßnahmen diskutiert, um den Verkehr besser zu steuern und insbesondere um den Autoverkehr in der Stadt zu reduzieren. Die Befragten wurden daher gebeten, verschiedene Maßnahmen zu bewerten (Tabelle 15).

Klare Mehrheiten finden sich für die Ausweitungen von Fußgängerzonen, den Ausbau von Velorouten und Fahrradwegen, den Ausbau von U-Bahnlinien, eine Einführung eines 365€-Tickets für den ÖPNV, den Ausbau von Vergünstigungen für Car- und Ridesharing sowie für eine allgemeine Parkraumbewirtschaftung, bei der für Anwohner*innen Sonderregeln gelten. Hingegen wird mehrheitlich die Zulassung von elektrischen Kleinstfahrzeugen wie E-Scootern, der Aufbau eines Straßenbahnnetzes, eine Verbreiterung von Straßen und Parkplätzen für die Maße von SUVs, eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h und die Einführung einer City-Maut von den Befragten abgelehnt. Bei allen Maßnahmen gibt es einen beträchtlichen Anteil der Befragten, die mit „teils/teils“ antworten, was auf eine kontextabhängige Bewertung schließen lässt.

Tabelle 15 Zustimmung zu Maßnahmen der Verkehrsgestaltung

	Sehr / eher wünschens- wert	Teils/teils	Eher nicht / gar nicht wün- schenswert
Ausweitung von Fußgängerzonen	67,5	19,4	13,1
Ausbau von Velorouten und Fahrradwegen	74,4	15,7	9,9
Zulassung von elektrischen Kleinstfahrzeu- gen (E-Roller)	21,6	18,8	59,6
Ausbau der U-Bahnlinien	81,3	12,0	6,6
Aufbau eines Straßenbahnnetzes	28,5	16,8	54,7
Verbreiterung der Straßen und Parkplätze für SUVs	11,5	8,4	80,1
Allgemeine Geschwindigkeitsreduktion auf 30 km/h	23,0	19,3	57,7
Zufahrtsbeschränkung und Einführung einer City-Maut	26,8	20,3	52,9
Zufahrtsbeschränkung für alte Dieselaautos	43,5	28,4	28,1
Einführung eines 365€-Tickets für den ÖPNV	65,3	14,5	20,2
Ausbau und Vergünstigungen (z.B. beim Parken) von Car- und Ridesharing	52,8	31,8	15,4
Allgemeine Parkraumbewirtschaftung, Par- ken im öffentlichen Raum gebührenpflich- tig, Sonderregelungen für Anwohner*innen	57,1	22,7	20,1

Frage: „Derzeit werden verschiedene Ansätze der Gestaltung des städtischen Verkehrs diskutiert. Bitte sagen Sie mir jeweils, für wie wünschenswert Sie die folgenden Strategien halten.“

Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Die Präferenzen für die verschiedenen verkehrspolitischen Maßnahmen verteilen sich ungleich auf die politischen Lager bzw. hängen mit der parteipolitischen Orientierung zusammen. Die folgende Tabelle 16 zeigt, welche Verkehrsmaßnahmen von den Anhänger*innen welcher Parteien (sehr oder eher) gewünscht werden.

Tabelle 16 Zustimmung zu Maßnahmen der Verkehrsgestaltung nach Parteipräferenz

	CDU	SPD	Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD
Ausweitung von Fußgängerzonen	53,0	58,9	85,8	55,1	65,9	69,5
Ausbau von Velorouten und Fahrradwegen	56,7	65,6	85,6	66,8	93,1	57,4
Zulassung von elektrischen Kleinstfahrzeugen (E-Roller)	31,9	21,3	19,2	20,0	11,9	35,9
Ausbau der U-Bahnlinien	81,3	86,8	77,9	92,9	82,5	72,3
Aufbau eines Straßenbahnnetzes	30,4	19,4	26,7	36,6	45,1	61,5
Verbreiterung der Straßen und Parkplätze für SUVs	19,0	7,4	3,9	44,3	2,3	40,0
Allgemeine Geschwindigkeitsreduktion auf 30 km/h	9,5	15,6	33,0	8,4	48,9	27,7
Zufahrtsbeschränkung und Einführung einer City-Maut	21,7	20,9	35,9	18,8	55,8	7,9
Zufahrtsbeschränkung für alte Dieselaautos	45,9	45,0	46,3	17,1	57,8	24,6
Einführung eines 365€-Tickets für den ÖPNV	60,8	66,0	69,8	53,1	82,7	50,8
Ausbau und Vergünstigungen (z.B. beim Parken) von Car- und Ridesharing	52,9	46,0	56,6	61,5	61,4	6,9
Allgemeine Parkraumbewirtschaftung, Parken im öffentlichen Raum gebührenpflichtig, Sonderregelungen für Anwohner*innen	50,4	51,1	64,7	42,1	79,5	65,2
Gesamt	11,4	33,1	31,1	5,4	6,4	4,9

Tabelle: Befürwortung (sehr/eher wünschenswert) von verkehrspolitischen Maßnahmen nach Sonntagsfrage in Prozent.

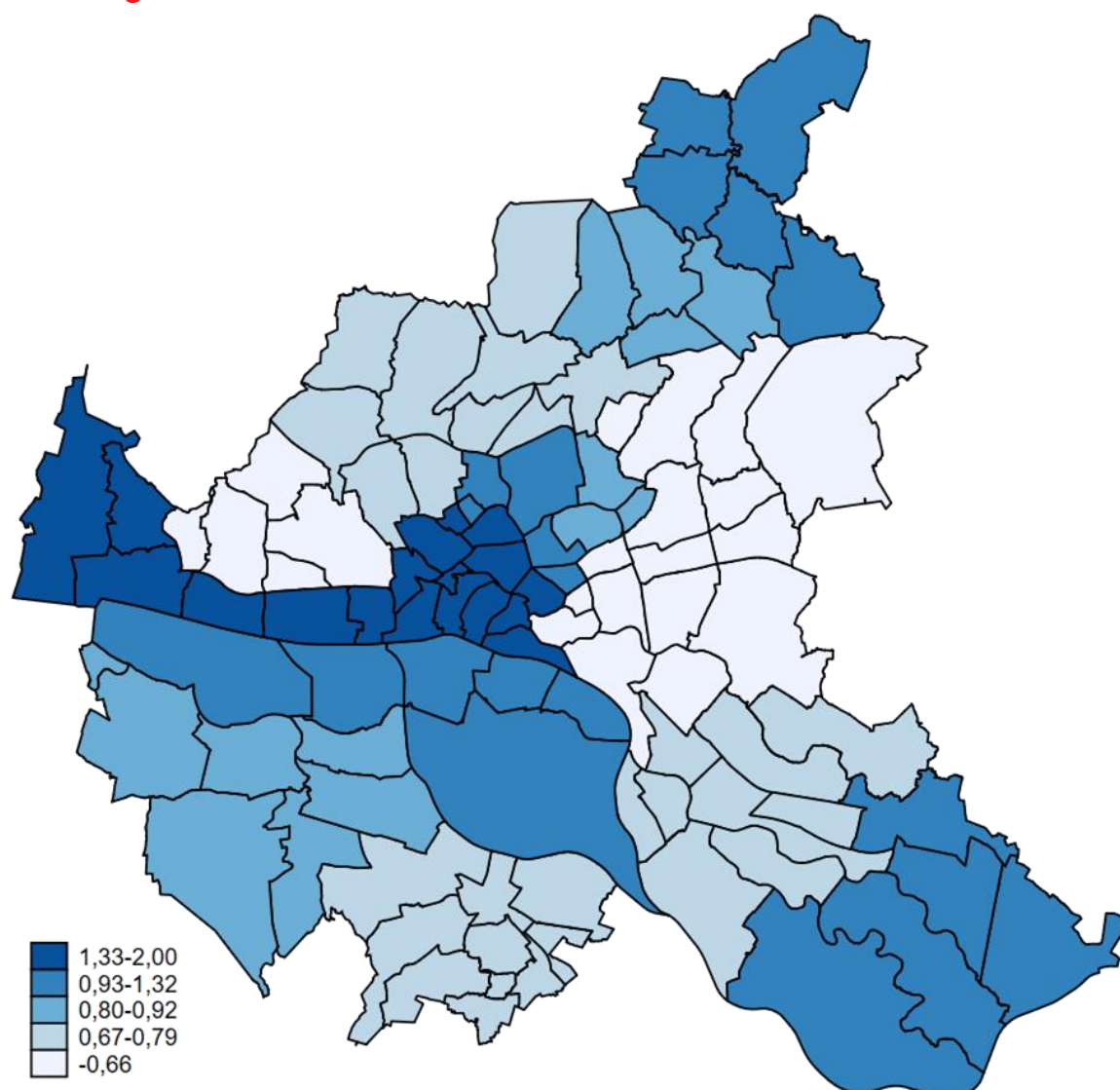
4 Wohnen

Nachdem im letztjährigen Hamburg-Bus 2019 das Thema „Wohnen“ einen Schwerpunkt bildete, wurde bei der diesjährigen Durchführung nur zu einzelnen Aspekten gefragt, und zwar zu den beliebtesten Stadtteilen sowie zur Gewährung von Übernachtungsmöglichkeiten für Menschen ohne eigene Wohnung.

4.1 Beliebte Stadtteile

Eine Frage zielte darauf, in welchem Stadtteil die Hamburger und Hamburger*innen gerne wohnen würden. 62,3% gaben an, bereits in dem Stadtteil zu wohnen, in dem sie am liebsten wohnen möchten. Bei der Nennung von Wunschstadtteilen zeigen sich aber trotzdem deutliche Unterschiede (Abbildung 12). Gemessen an der Bevölkerungszahl wurden die Stadtteile am nördlichen

Abbildung 12 Beliebte Stadtteile



Frage: „Unabhängig davon, ob Sie es sich leisten könnten: In welchem Hamburger Stadtteil würden Sie am liebsten wohnen?“ Darstellung im Verhältnis zur Anzahl der Befragten, die in einem Stadtteil wohnen. Anmerkung: Ein Wert von 1,5 bedeutet, dass 50% mehr Befragte in einem Stadtteil wohnen möchten, als gegenwärtig dort wohnen. Ein Wert von 0,5 bedeutet, dass nur halb so viele Befragte in einem Stadtteil wohnen möchten, als gegenwärtig dort wohnen (ohne Neuwerk).

Elbufer und im Zentrum am häufigsten als Wunschstadtteile genannt. Selten wurden dagegen Stadtteile im nordwestlichen Stadtgebiet und östlich des Zentrums genannt².

4.2 Gewährung von Übernachtung bei Wohnungslosigkeit

Auf die offene Frage, welches Problem sie für das derzeit wichtigste der Stadt Hamburg hielten, nannten 24% der Hamburger*innen die Wohnungssituation im Allgemeinen, sowie Wohnungslosigkeit und Mietpreise im Speziellen. Im Vergleich zur Erhebung des Vorjahres hat die Bedeutung dieses Problems jedoch um 12 Prozentpunkte abgenommen. Neben Wohnungswünschen wurde daher auch nach Wohnungsproblemen gefragt. Wohnungslosigkeit hat im letzten Jahrzehnt in Hamburg deutlich zugenommen.³ Von Wohnungslosigkeit betroffen sind dabei nicht nur Personen, die „auf der Straße leben“ (Obdachlosigkeit), sondern auch Personen, die öffentlich untergebracht sind oder die zeitweilig bei Freunden, Bekannten oder Verwandten mitwohnen (sogenanntes „Couchsurfing“). Auf letzteres zielten eine Reihe von Fragen des Hamburg-Bus (Tabelle 17). Von den Befragten geben 2,9% an, dass sie in den letzten 12 Monaten eine oder mehrere Personen, die wohnungslos waren, in ihrer Wohnung haben übernachten lassen (Tabelle). Bei jüngeren Personen ist dieser Anteil höher, aber auch ältere Personen haben Übernachtungsmöglichkeiten gewährt. 3,5% der männlichen Befragten und 2,3% der weiblichen Befragten gaben an, dass mindestens eine Person in ihrer Wohnung übernachtet habe.

Tabelle 17 Gewährung einer Übernachtungsmöglichkeit

		%
	Gesamt (n=34)	2,9
nach Alter (in Jahren)		
	16 bis 39	4,2
	40 bis 59	2,7
	60 und mehr	1,6
nach Geschlecht		
	männlich	3,5
	weiblich	2,3

Frage: „Ist es in den letzten 12 Monaten vorgekommen, dass jemand bei Ihnen für eine Nacht oder länger übernachtet hat, da er oder sie selbst gerade keine eigene Wohnung hat?“

Anmerkung: Nur Personen, die auch auf die Nachfrage „Hatte die Person keine Wohnung oder keine in Hamburg, aber an einem anderen Ort?“ mit „keine Wohnung“ geantwortet haben.

²Hamburg hat sieben Bezirke mit insgesamt 104 Stadtteilen. Bei einer Stichprobengröße von etwas mehr als 1.000 Befragten, sind die Fallzahlen allerdings zu gering, um die Ergebnisse auf Stadtteilebene auszuweisen. Da die Betrachtung auf Bezirksebene allerdings zu grob gewesen wäre, wurden 18 Unterbezirke gebildet, in denen angrenzende Stadtteile zusammengefasst wurden (siehe Tabelle A1 im Anhang, ohne Neuwerk). Für die Unterbezirke wurde jeweils das Verhältnis der Wohnwünsche zur Anzahl der Befragten in einem Unterbezirk berechnet. In den Kartendarstellungen sind zur besseren Orientierung aber auch Stadtteilgrenzen eingezeichnet.

³Sowohl die Anzahl der öffentlich untergebrachten Wohnungslosen als auch der Obdachlosen hat von 2009 bis 2018 von 3.953 auf 6.576 zugenommen (siehe Tabelle 3 in GOE (2018): Befragung obdachloser, auf der Straße lebender Menschen und wohnungsloser, öffentlich-rechtlich untergebrachter Haushalte 2018 in Hamburg, Auswertungsbericht. Im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Gefragt wurde auch nach den Merkmalen der „Couchsurfer“, also derjenigen, die eine Übernachtungsmöglichkeit in Anspruch genommen haben (Tabelle 18). Dabei ist zweierlei zu beachten: Erstens handelt es sich um sogenannte Proxy-Informationen, also Angaben die nicht von den Personen selbst gemacht wurden, sondern von jemand anderem. Dies sind hier jeweils die Personen, die die Übernachtungsmöglichkeit gewährt haben. Zweitens ist, entsprechend dem Anteil von 2,9% von Personen, die eine Übernachtungsmöglichkeit gewährt haben, die Anzahl der Beobachtungen mit n=34 relativ klein. Die Ergebnisse sollten daher nur mit Blick auf grobe Tendenzen interpretiert werden. Knapp 80% der „Couchsurfer“ sind jünger als 40 Jahre. Jeweils etwa die Hälfte sind männlich und weiblich.

Tabelle 18 Personen, die Übernachtungsmöglichkeit in Anspruch genommen haben

		%
	Gesamt (n=34)	100,0
nach Alter (in Jahren)		
	16-29	55,4
	30-39	23,0
	40-59	21,7
	60+	-
nach Geschlecht		
	männlich	47,4
	weiblich	52,6
<p>Frage: „Wie alt war die Person, die bei Ihnen übernachtet hat? Welches Geschlecht hat die Person?“ Anmerkungen: 1) Proxy-Angaben: Befragung der eine Übernachtungsmöglichkeit gewährenden Personen, 2) In wenigen Fällen haben mehrere Personen eine Übernachtungsmöglichkeit in Anspruch genommen. Berücksichtigt wurden nur die Angaben zur jeweils 1. Person.</p>		

Die Übernachtungsmöglichkeiten wurden zumeist von Freunden und näheren Bekannten gewährt, aber auch von Verwandten und anderen Personen (Tabelle 19). In fast 90% der Fälle wurde die Übernachtungsmöglichkeit mindestens eine Woche genutzt, bei über 70% der Befragten sogar länger als einen Monat. 43% der „Couchsurfer“ sind danach in eine eigene Wohnung gezogen. Für einen größeren Teil der übrigen 57% dauerte die unsichere Wohnsituation jedoch vermutlich an, da das „Couchsurfing“ bei Freunden oder Bekannten fortgesetzt wurde. Unter „Sonstiges“ sind die Fälle zusammengefasst, die entweder obdachlos geworden sind oder in eine Einrichtung für Wohnungslose gezogen sind. Dies sind in der kleinen Stichprobe jedoch Einzelfälle (n=5).

Tabelle 19 Dauer und Details zur Inanspruchnahme einer Übernachtungsmöglichkeit

		%
	Gesamt (N=34)	100,0
Dauer der Übernachtung		
	bis 6 Nächte	10,3
	1 bis 4 Wochen	17,3
	1 bis 2 Monate	45,8
	3 Monate und mehr	26,5
Art der Beziehung		
	nähere/r Bekannte/r, Freund/in	60,5
	Verwandte	33,1
	flüchtige Bekanntschaft, sonstige	6,4
Situation nach Beendigung der Übernachtung		
	wohnt in eigener Wohnung	43,2
	wohnt bei Freunden, Bekannte, Eltern	43,4
	sonstiges	13,4
Anmerkungen: 1) Proxy-Angaben: Befragung der eine Übernachtungsmöglichkeit gewährenden Personen, 2) In wenigen Fällen haben mehrere Personen eine Übernachtungsmöglichkeit in Anspruch genommen. Berücksichtigt wurden nur die Angaben zur jeweils 1. Person.		

5 Universität Hamburg: Die Wissenswerft

Im Januar und Februar fragten wir die Hamburger*innen nach ihren Einstellungen und Meinungen zur Universität Hamburg: Nehmen die Bürger*innen ihre Universität eher als weltoffen, bürgernah und praxisorientiert wahr, als einen Ort harter täglicher Arbeit im Dienst der Wissenschaft? Oder sehen sie eine der größten Universitäten Deutschlands als abgehobenen Elfenbeinturm, wenig vernetzt mit der Stadt und ihren Bürger*innen, verschlossen für die Menschen? Der folgende Teil zeigt die freien Nennungen zur Universität und deren Entwicklung im Laufe des letzten Jahres auf, bevor anschließend die allgemeinen Einschätzungen der Bevölkerung zur Universität berichtet werden.

5.1 Assoziationen zur Universität

Abbildung 13 stellt die freien Assoziationen dar, die die Befragten auf die Frage „Was fällt Ihnen ein, wenn Sie an die Universität Hamburg denken?“ angaben. 94% der Befragten gaben dabei eine Einschätzung ab, kennen die Universität Hamburg (UHH) also. Unterschieden wurde bei der Kategorisierung stets, ob die Nennung eine positive oder negative Einschätzung enthielt oder nur neutralen Charakter hatte. Zu Vergleichszwecken haben wir zudem die Häufigkeit ausgewählter Nennungen mit denen der letzten Erhebung aus dem Jahr 2019 verglichen (Abbildung 14).⁴

21,5% der Nennungen haben einen positiven Einschlag, denen 16,8% negativ konnotierter Nennungen gegenübersteht. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil positiver Nennungen deutlich zurückgegangen, während negative und neutrale Nennungen gleichbleibend häufig genannt werden. Negative Nennungen kommen überproportional häufig von Personen, die selbst eine hohe Schulbildung haben: So ist die Wahrscheinlichkeit, als Abiturient der Universität kritisch gegenüberzustehen, um 67% höher als bei Personen, die nur eine niedrige Schulbildung haben.

Besonders präsent ist der Hamburg Bevölkerung das äußere Erscheinungsbild der Universität mit seinen Einrichtungen und Fakultäten, die sich über ganz Hamburg verteilen. Jede vierte befragte Person brachte dies als eine der Assoziationen vor. Diese fallen jedoch zunehmend auch negativ aus, wie der Vergleich zu 2019 zeigt (Abbildung 14). Im Einzelnen wird vor allem der bauliche Erhaltungszustand der Universität kritisiert.

Der Ruf der Universität Hamburg wird in einer Mehrzahl der Nennungen als positiv angesehen (10,1%), was ein verbessertes Verhältnis von positiven zu negativen Nennungen gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Das große Angebot, welches die Universität Hamburg mit verschiedenen Studien- und Fortbildungsangeboten bietet, wird ebenfalls positiv genannt (4,7%).

⁴ Auf Grund der unterschiedlichen Verfügbarkeit von GewichtungsvARIABLEN wird das normierte Designgewicht verwendet, das für beide Studien verfügbar ist. Mit den vorliegenden Zahlen ist dies allerdings nicht vergleichbar, sodass nur Tendenzen angegeben werden können. Einen Hinweis auf Vergleichbarkeit der Daten geben gleichbleibend häufige Nennungen zum (annahmegemäß stabilen) persönlichen Bezug zur Universität. Zur Gewichtung vgl. Fußnote 6.

8,9% der Befragten verbinden mit der Uni Hamburg den Titel „Exzellenzuniversität“. Diese Zuschreibung ist bei den Befragten somit deutlich stärker ausgeprägt als die Assoziationen zum Unijubiläum, die nur von 2,0% der Befragten kommen.

Unter den Kategorien „politischer Bezug“ und „Personenbezug“ wurden u.a. die Nennungen gesammelt, die sich auf die Dienstrückkehr des VWL-Professors Lucke sowie das Auftrittsverbot für den FDP-Politiker Lindner beziehen. Beides ist jedoch nur für relativ wenigen Befragten mit derartiger Bedeutung belegt, dass sie es spontan mit der Universität assoziieren.

Insgesamt zeigt sich, dass gerade langfristig wirksame Eigenschaften der Universität, also deren bauliche Gegebenheiten, ihr allgemeiner „Ruf“ sowie ihre Funktion als breitgefächerte Bildungseinrichtung für viele Studierende die Wahrnehmung der Hamburger Bevölkerung prägen. Deutlich wird aber auch, dass diese Assoziationen im Zeitverlauf Subjekte unterschiedlich positiver Zuschreibungen sind. Temporär auftretende Ereignisse sind – mit Ausnahme des Exzellenzstatus‘ der Universität – weniger präsent.

Abbildung 13 Assoziationen zur Universität Hamburg

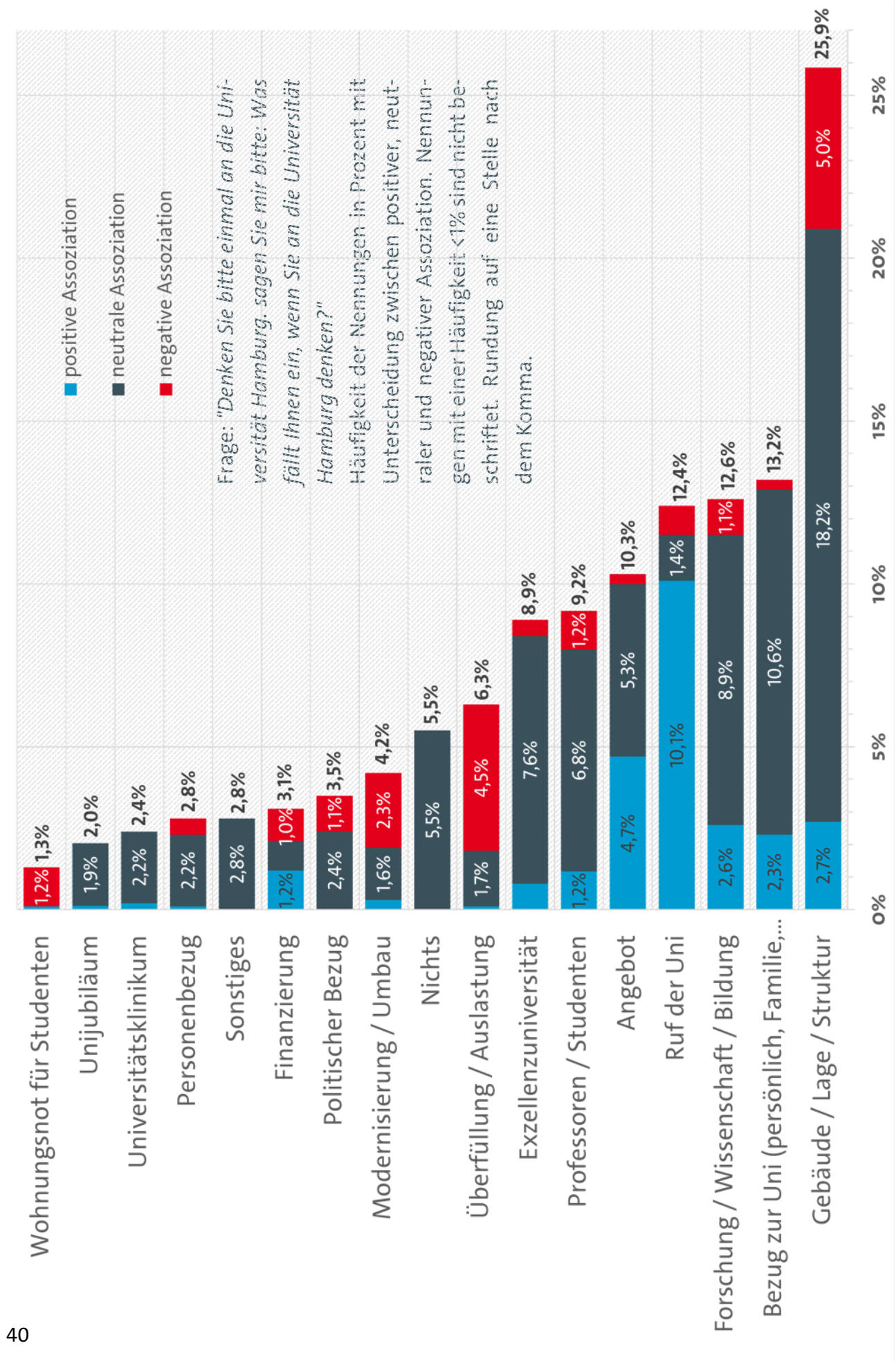
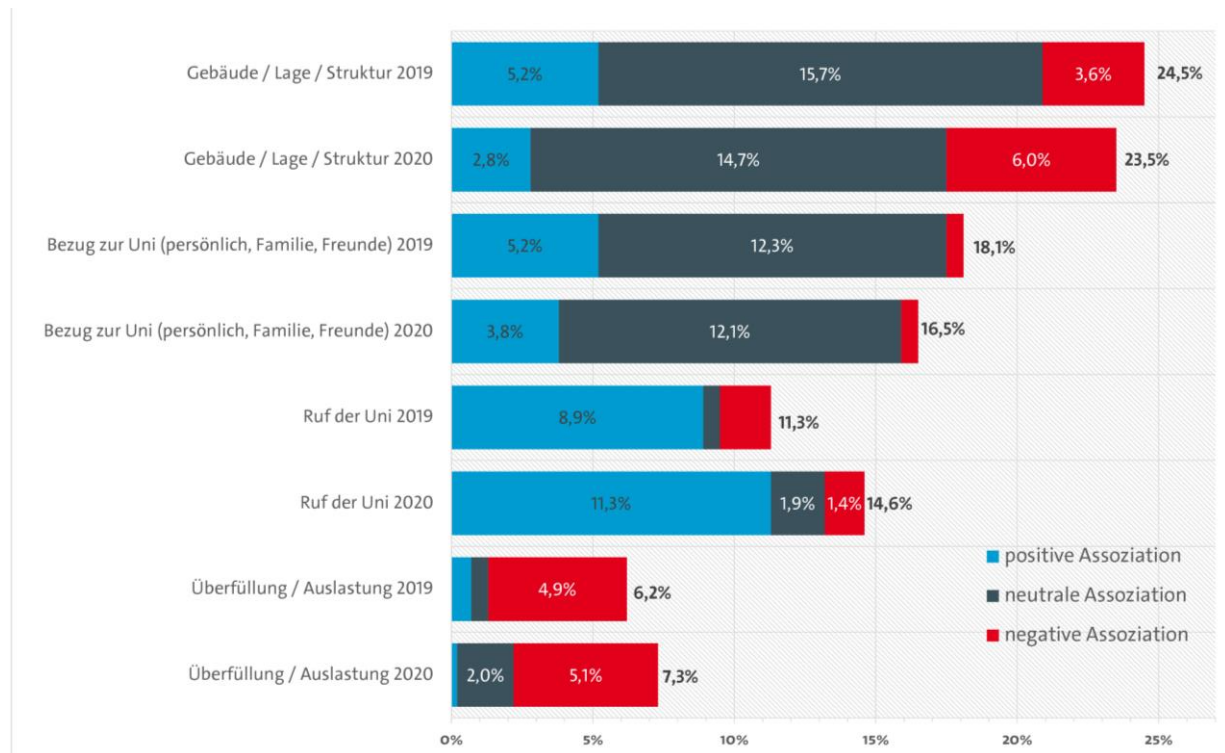


Abbildung 14 Assoziationen zur Universität im Vergleich zu 2019



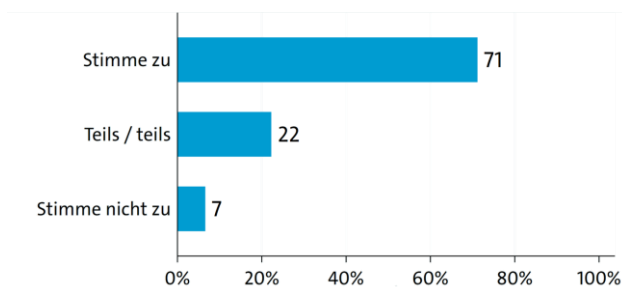
Häufigkeit der Nennungen von vier ausgewählten Assoziationen zur UHH in den Hamburg-BUS-Erhebungen 2019 und 2020. Gewichtung abweichend über normiertes Designgewicht.

5.2 Einstellungen zur Universität

Grundsätzlich haben die Hamburger*innen ein positives Bild von der Universität, wie wir im Folgenden darstellen werden.

71% der Befragten sehen Hamburg als „wichtige Universitätsstadt“ an (Abbildung 15), und 77% sind der Meinung, dass die Universität „eine große Bedeutung für die Stadt“ hat (Abbildung 16), 19% sind teilweise dieser Ansicht, nur 4% stimmen dieser Aussage nicht zu.

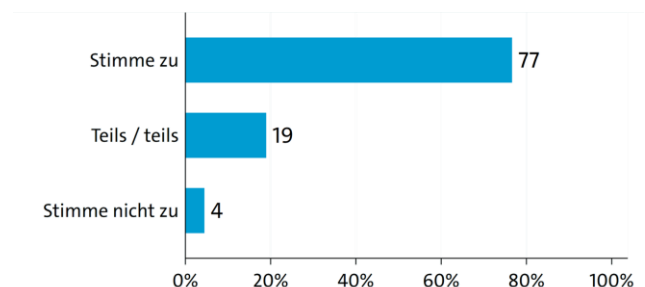
Abbildung 15 Universitätsstadt Hamburg



Aussage: „Hamburg ist eine wichtige Universitäts- und Wissenschaftsstadt.“

89% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben

Abbildung 16 Bedeutung für die Stadt

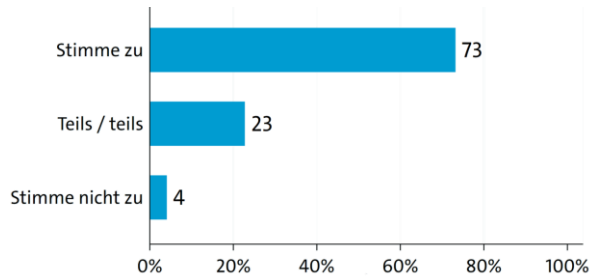


Aussage: „Die Universität Hamburg hat eine große Bedeutung für die Stadt Hamburg.“

89% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben

Knapp drei Viertel der Befragten (73%) ist der Ansicht, dass die Universität gut mit der Stadt vernetzt ist, ein knappes Viertel (23%) ist zumindest teilweise dieser Ansicht (Abbildung 17). Gleichzeitig stimmen aber 52% der Befragten der Einschätzung zu, dass „die Universität und ihre Leistungen in der Stadt kaum wahrgenommen“ werden. Mehr als ein Viertel der Befragten (27%) stimmt dieser Aussage zumindest teils zu, knapp ein Viertel (21%) lehnen diese Aussage ab (Abbildung 18).

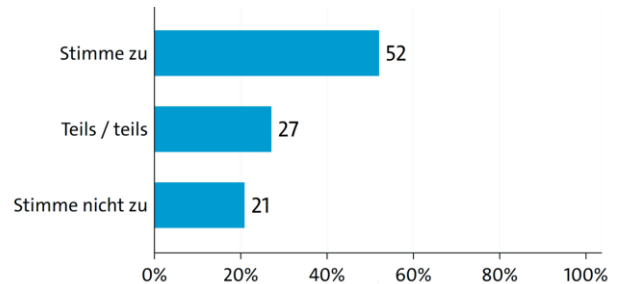
Abbildung 17 Vernetzung



Aussage: „Die Universität Hamburg ist gut mit der Stadt Hamburg vernetzt.“

70% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

Abbildung 18 Sichtbarkeit der Universität



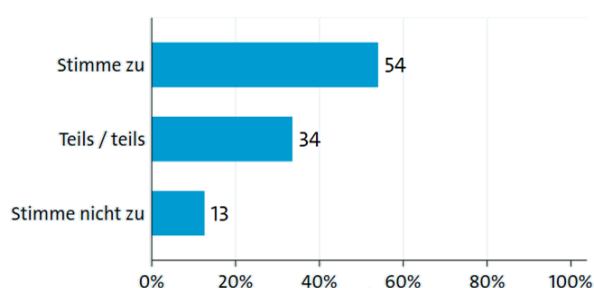
Aussage: „Die Universität Hamburg und ihre Leistungen werden in der Stadt Hamburg kaum wahrgenommen.“

82% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

Als „bürgernah“ wird die Universität von mehr als der Hälfte der Befragten (54%) wahrgenommen, 34% der Befragten sehen die Universität teilweise als bürgernah an, weitere 13% können diese Einschätzung gar nicht teilen (Abbildung 19). Von der jüngsten Befragtengruppe, das sind Menschen zwischen 16 und 35 Jahren, wird die Bürgernähe der Uni mit 72% deutlich höher eingeschätzt als von älteren Befragten (Tabelle 20) Auf die Frage, ob die „Universität allen Menschen offen“ stehe, gaben dagegen 61% aller Befragten (jüngere und ältere Befragte gleichermaßen) eine bejahende Antwort. 13% der Befragten wiederum meinten ausdrücklich, dass die Universität nicht allen Menschen offen stehe (Abbildung 20).

Als bedeutsam erscheint daher, dass nach Meinung von über 69% der Befragten die öffentlichkeitsorientierten Aktivitäten der Universität in Hamburg sehr gut angenommen werden, nur ein sehr geringer Teil der der Bürger*innen (4%) stimmt hier nicht zu (Abbildung 21). Insbesondere hat sich dieser Wert binnen eines Jahres signifikant verbessert.

Abbildung 19 Bürgernähe



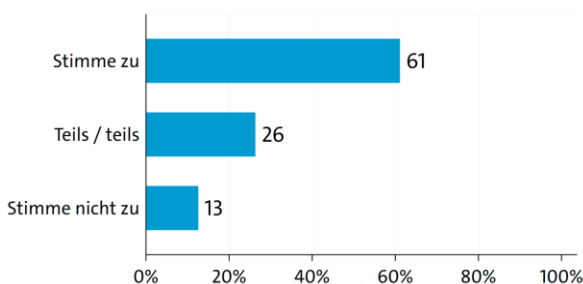
Aussage: „Die Universität Hamburg ist bürgernah.“

78% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben

Tabelle 20 Bürgernähe im Altersverlauf

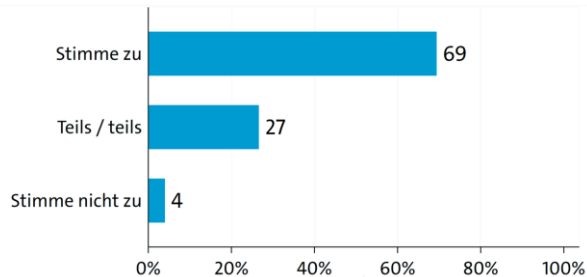
Ich..	Alter der Befragten				Total
	16-35	36-49	50-64	65+	
Stimme zu	72%	48%	38%	54%	49%
Stimme teils/teils zu	23%	36%	40%	33%	34%
Stimme nicht zu	5%	15%	21%	13%	17%

Abbildung 20 Offenheit für alle Menschen



Aussage: „Die Universität Hamburg ist ein Ort, der allen Menschen offen steht.“
86% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

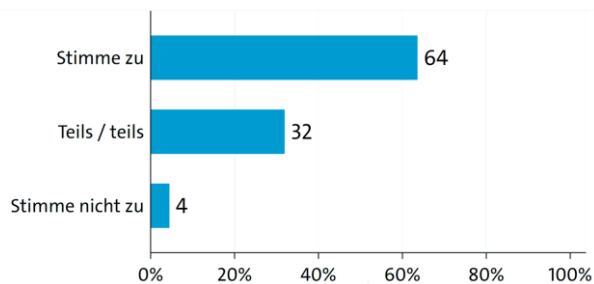
Abbildung 21 Wahrnehmung Öffentlichkeitsarbeit



Aussage: „Die öffentlichkeitsorientierten Aktivitäten der Universität Hamburg, wie die Ringvorlesungen, die Nacht des Wissens, die Kinder-Uni oder das Kontaktstudium, werden in Hamburg sehr gut angenommen.“
69% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben

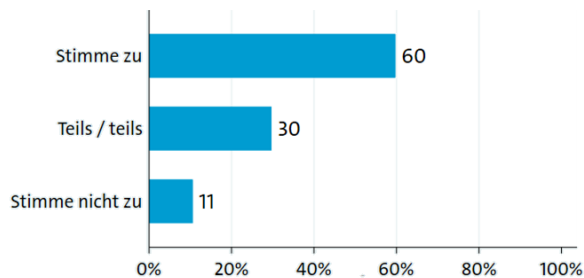
Weiter haben wir gefragt, ob die Universität als „ein Ort harter Arbeit“ wahrgenommen wird. Fast zwei Drittel der Befragten (64%) bestätigen diese Aussage, knapp ein Drittel (32%) schätzen die Universität zumindest zum Teil als Ort harter Arbeit ein, 4% teilen diese Einschätzung nicht (Abbildung 22). Außerdem wollten wir wissen, ob die Universität als „wissenschaftlich bedeutend“ wahrgenommen wird. 60% der Befragten sehen das so, 30% sehen die Universität zumindest teilweise als bedeutsam an, 11% teilen diese Einschätzung nicht (Abbildung 23).⁵

Abbildung 22 Harte Arbeit



Aussage: „Die Uni Hamburg ist ein Ort, an dem hart gearbeitet wird.“
78% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben

Abbildung 23 Bedeutung für Wissenschaft



Aussage: „Die Universität Hamburg ist wissenschaftlich bedeutend.“
80% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben

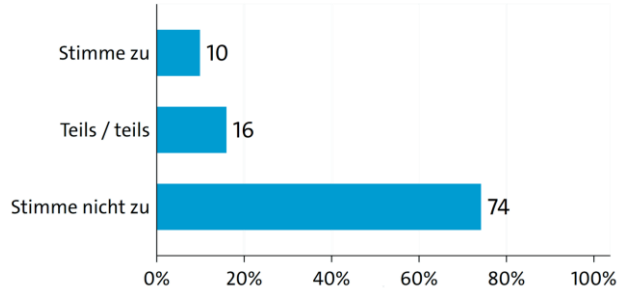
Die Aussage, dass die Universität ein „abgehobener Elfenbeinturm“ sei, lehnten circa drei von vier der Befragten (74%) ab. Lediglich 10% der Befragten stimmten dieser Aussage zu, 16% stimmen teilweise zu (Abbildung 24). Gleichzeitig stimmen aber nur 50% der Befragten der Aussage

⁵ Bei den Nachfragen zur wissenschaftlichen Bedeutung, zur Praxisorientierung und zum Innovationsgrad der Uni (siehe weiter unten) fällt auf, dass mehr als ein Viertel der Befragten keine Einschätzung abgeben wollte. Zusammen mit einer bei vielen Items ausgeprägten Tendenz zu Teils/teils-Aussagen weist dies darauf hin, dass einige unserer Fragen einen Einblick in das Geschehen an der Universität erfordern, der nicht allen Befragten offensteht.

zu, dass die Universität Hamburg praxisorientiert sei, weitere 35% sehen das zumindest teilweise so, 15% lehnen diese Einschätzung ab (Abbildung 25).

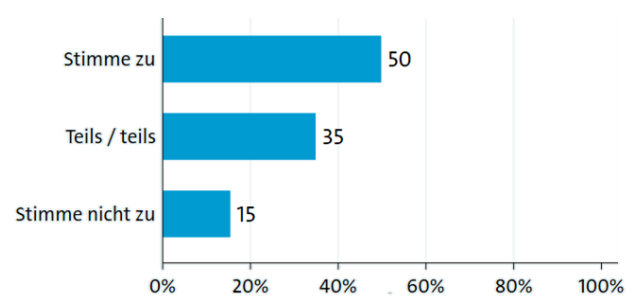
Außerdem wollten wir wissen, ob die Universität als „innovativ“ wahrgenommen wird. Das ist bei 58% der Befragten der Fall, 35% sehen die Universität zumindest teilweise als innovativ an, 7% lehnen diese Einschätzung ab (Abbildung 26). Sehr positiv ist die Einschätzung der Weltoffenheit der Universität: 85% aller Befragten, die die UHH kennen, stimmen der Aussage zu, dass die UHH eine weltoffene Universität ist (Abbildung 27).

Abbildung 24 Abgehobenheit der Universität



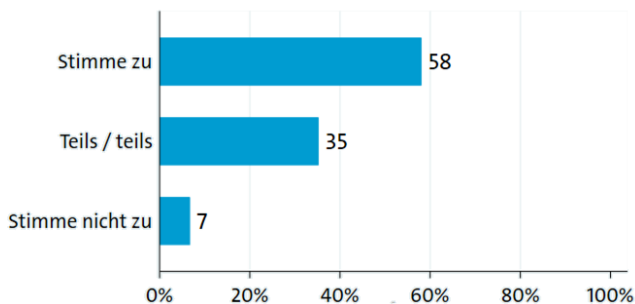
Aussage: „Die Universität Hamburg ist ein abgehobener Elfenbeinturm.“
78% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

Abbildung 25 Praxisorientierung der UHH



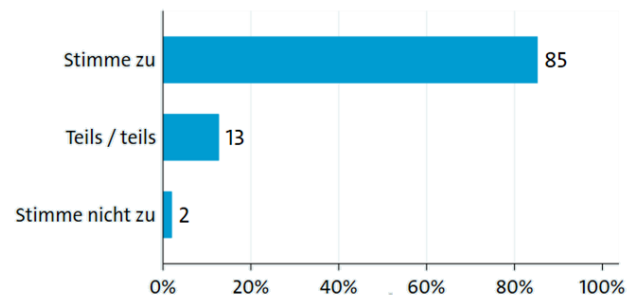
Aussage: „Die Universität Hamburg ist praxisorientiert.“
66% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

Abbildung 26 Innovation



Aussage: „Die Universität Hamburg ist innovativ.“
70% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

Abbildung 27 Weltoffenheit der Universität



Aussage: „Die Universität Hamburg ist weltoffen.“
81% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

6 Soziodemografische Variablen⁶

Abbildung 28 Geschlecht, Alter, Bildung, Haushaltseinkommen und Migrationshintergrund

Merkmal	Prozent
Geschlecht	
Männlich	46,3
Weiblich	53,5
Andere	0,2
Alter	
16-24 Jahre	3,5
25-34 Jahre	3,6
35-44 Jahre	10,5
45-54 Jahre	19,0
55-64 Jahre	21,8
65-74 Jahre	22,4
75 Jahre und älter	19,3
Höchster Schulabschluss	
Schule ohne Abschluss beendet / noch Schüler	2
Hauptschulabschluss	11,2
Realschulabschluss	20,9
(Fach-)Hochschulreife	64,3

⁶ Berichtet werden die Rohdaten des realisierten Samples. Es zeigt sich, dass einige Gruppen der Bevölkerung über- bzw. unterrepräsentiert sind. Dies ist auf Effekte der Selbstauswahl über die Bereitschaft oder die Verweigerung zur Teilnahme an der Befragung festzumachen. Diese unterscheidet sich zwischen Gruppen der Gesellschaft systematisch. So weist das Sample etwa einen Überhang von Personen mit hohen Bildungsabschlüssen und weiblichen Geschlechts auf. Zudem ist das befragte Sample älter als die Hamburg Bevölkerung. Diesem kommen wir in den Analysen bei, indem den Angaben von Befragten unterrepräsentierter Gruppen durch einen Gewichtungsfaktor eine leicht höhere Bedeutung bei der Ermittlung der Ergebnisse beigemessen wird.

Haushaltsnettoeinkommen	
Bis unter 1000€	5,2
1000 bis unter 2000€	16,1
2000 bis unter 3000€	23,1
3000 bis unter 4000€	18,0
4000 bis unter 5000€	13,1
5000 bis unter 7500€	15,6
7500€ und mehr	14,6
Migrationshintergrund	
Ohne	81
Mit	19

7 Literatur

Bock, O. et al. (2019): Hamburger Bürgerumfrage der Sozialwissenschaften 2019, online verfügbar unter: <https://data.gesis.org/sharing/#!Detail/10.7802/1828>

Decker, O. et al. (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*, Gießen, 65–116

Häder, S. und S. Gabler (1998): Ein neues Stichprobendesign für telefonische Umfragen in Deutschland, in: S. Gabler, S. Häder, S. und J. H. P. Hoffmeyer-Zlotnik (Hrsg.), *Telefonstichproben in Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 69–88

Hüfken, V. (2014): Telefonische Befragungen, in: N. Baur und J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden: Springer VS, 631–641

Marcinkiewicz, Kamil; Peter, Sascha; Schnapp, Kai-Uwe (2016): Hamburg-BUS Herbst 2016: Bürgerumfrage der Sozialwissenschaften für Hamburg, *WiSo-HH Working Paper Series*, No. 34, Hamburg, online verfügbar unter: <https://www.wiso.uni-hamburg.de/forschung/archiv/workingpaper/hamburgbus.pdf>

Mobilität in Deutschland 2017, Ergebnisbericht (2017), online verfügbar unter: <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/mobilitaet-in-deutschland.html>

8 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Wichtigstes Problem der Freien und Hansestadt Hamburg	5
Tabelle 2 Sehr gut leben in Deutschland.....	17
Tabelle 3 Politiker*innen kümmern sich nicht um mich	18
Tabelle 4 Politiker*innen vertreten Bevölkerung	19
Tabelle 5 Eigenes Politikwissen	20
Tabelle 6 Politik zu kompliziert.....	21
Tabelle 7 Politikwissen anderer	22
Tabelle 8 Potential der politischen Mitwirkung anderer	23
Tabelle 9 Wählen als Bürger*innenpflicht	23
Tabelle 10 Einverständnis mit Maßnahmen des Hamburger Klimaplans	25
Tabelle 11 Zufriedenheit mit der Umsetzung der rot-grünen Koalitionsziele	26
Tabelle 12 Anzahl der Fahrzeuge im Haushalt	27
Tabelle 13 Häufigkeit der Verkehrsmittelnutzung.....	29
Tabelle 14 Nutzung von Verkehrsmitteln für Einkäufe.....	30
Tabelle 15 Zustimmung zu Maßnahmen der Verkehrsgestaltung	32
Tabelle 16 Zustimmung zu Maßnahmen der Verkehrsgestaltung nach Parteipräferenz	33
Tabelle 17 Gewährung einer Übernachtungsmöglichkeit.....	35
Tabelle 18 Personen, die Übernachtungsmöglichkeit in Anspruch genommen haben.....	36
Tabelle 19 Dauer und Details zur Inanspruchnahme einer Übernachtungsmöglichkeit	37
Tabelle 20 Bürgernähe im Altersverlauf.....	42

9 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Beste Problemlösepartei	6
Abbildung 2 Sonntagsfrage Hamburg	7
Abbildung 3 Wählerwanderung zwischen den Bürgerschaftswahlen 2015 und 2020	8
Abbildung 4 Parteineigung.....	10
Abbildung 5 Politisches Wissen	11
Abbildung 6 Selbsteinschätzung Rechts-Links	12
Abbildung 7 Zufriedenheit mit Spitzenkandidat*innen	13
Abbildung 8 Zufriedenheit mit Tschentscher nach langfristiger Parteibindung.....	14
Abbildung 9 Zufriedenheit mit Fegebank nach langfristiger Parteibindung.....	14
Abbildung 10 Wunsch nach Bürgermeister*in.....	15
Abbildung 11 Tschentscher (SPD) und Fegebank (GRÜNE) im Vergleich	16
Abbildung 12 Beliebte Stadtteile	34
Abbildung 13 Assoziationen zur Universität Hamburg.....	40
Abbildung 14 Assoziationen zur Universität im Vergleich zu 2019.....	41
Abbildung 15 Universitätsstadt Hamburg.....	41
Abbildung 16 Bedeutung für die Stadt.....	41
Abbildung 17 Vernetzung	42
Abbildung 18 Sichtbarkeit der Universität.....	42
Abbildung 19 Bürgernähe.....	42
Abbildung 20 Offenheit für alle Menschen.....	43
Abbildung 21 Wahrnehmung Öffentlichkeitsarbeit.....	43
Abbildung 22 Harte Arbeit	43
Abbildung 23 Bedeutung für Wissenschaft.....	43
Abbildung 24 Abgehobenheit der Universität	44
Abbildung 25 Praxisorientierung der UHH	44
Abbildung 26 Innovation.....	44
Abbildung 27 Weltoffenheit der Universität.....	44
Abbildung 28 Geschlecht, Alter, Bildung, Haushaltseinkommen und Migrationshintergrund ..	45

10 Anhang

Tabelle A1: Zuordnung der Stadtteile zu Bezirken und Unterbezirken

Bezirk	Unterbezirk	Stadtteil
Mitte	Mitte-Nord	Hafen City, Hamburg-Altstadt, Neustadt, St. Georg, St. Pauli
Mitte	Mitte-Süd ¹	Finkenwerder, Kleiner Grasbrook, Steinwerder, Veddel, Waltershof, Wilhelmsburg
Mitte	Mitte-Ost	Billbrook, Billstedt, Borgfelde, Hamm, Hammerbrook, Horn, Rothenburgsort, Neuwerk
Altona	Altona-Zentrum	Altona-Altstadt, Altona-Nord, Ottensen, Sternschanze
Altona	Altona-West	Bahrenfeld, Groß Flottbek, Iserbrook, Lurup, Osdorf
Altona	Altona-Elbe	Blankenese, Nienstedten, Othmarschen, Rissen, Sülldorf
Eimsbüttel	Eimsbüttel-Zentrum	Eimsbüttel, Harvestehude, Hoheluft-West, Rotherbaum
Eimsbüttel	Eimsbüttel-West	Eidelstedt, Lokstedt, Niendorf, Schnelsen, Stellingen
Nord	Nord-Zentrum-West	Eppendorf, Hoheluft-Ost, Winterhude
Nord	Nord-Zentrum-Ost	Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Dulsberg, Hohenfelde, Uhlenhorst
Nord	Nord	Alsterdorf, Fuhlsbüttel, Groß Borstel, Langenhorn, Ohlsdorf
Wandsbek	Wandsbek-Walddörfer	Bergstedt, Duvenstedt, Lemsahl-Mellingstedt, Volksdorf, Wohldorf-Ohlstedt
Wandsbek	Wandsbek-Alstertal	Hummelsbüttel, Poppenbüttel, Sasel, Wellingsbüttel
Wandsbek	Wandsbek	Bramfeld, Eilbek, Farmsen-Berne, Jenfeld, Marienthal, Rahlstedt, Steilshoop, Tonndorf, Wandsbek
Bergedorf	Bergedorf	Altengamme, Bergedorf, Curslack, Kirchwerder, Neugamme
Bergedorf	Bergedorf-Hamburg ²	Allermöhe, Billwerder, Lohbrügge, Moorfleet, Neuallermöhe, Ochsenwerder, Reitbrook, Spadenland, Tatenberg
Harburg	Harburg	Eißendorf, Gut Moor, Harburg, Heimfeld, Langenbek, Marmstorf, Neuland, Rönneburg, Sinstorf, Wilstorf
Harburg	Harburg-Süderelbe	Altenwerder, Cranz, Francop, Hausbruch, Moorburg, Neuenfelde, Neugraben-Fischbek

1) Bezirk Mitte südlich der Elbe, 2) überwiegend seit dem 14. Jh. zu Hamburg gehörig.